



"Unsere Demokratie" aus Sicht des US-Vizepräsidenten Vance

Sinngemäße Interpretation seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Januar.

VON MARCUS SCHMIDT



Die Zeit ist gekommen, endlich die Macht klug einzusetzen und das Leben der Menschen zu verbessern. Schreckliche Angriffe wie die Amokfahrt in München, wo am Vortag zwei unschuldige Menschen getötet und etliche von einem Attentäter mit Auto schwer verletzt wurden, dürfen nicht passieren.

Sicherheitskonferenzen behandeln Bedrohungen von außen, nicht von innen.

Üblicherweise werden in Sicherheitskonferenzen mögliche Bedrohungen von außen thematisiert. In den USA ist man sehr um die Sicherheit Europas besorgt und man möchte mit den europäischen Ländern gemeinsam zu einer vernünftigen Lösung im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine kommen. In den kommenden Jahren allerdings wird Europa nicht umhin kommen, für die eigene Verteidigung in größerem Umfang selbst einzustehen.

Die USA sehe die Bedrohung Europas nicht durch Russland, China oder andere externe Akteure, sondern zuletzt insbesondere durch Bedrohung von innen. Europa entfernt sich selbst von den fundamentalsten Werten, von den Werten, die Europa auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika teilen.

Wie kann es sein, dass Wahlen in Rumänien annulliert werden, wenn übergeordnete Stellen mit den Ergebnissen dieser freien Wahl nicht einverstanden sind? Wieso kann sich ein ehemaliger EU-Kommissar erlauben, eine Drohung auszusprechen, dass gleiches auch nach der Wahl in Deutschland möglich sei?

Solche leichtfertigen Äußerungen sind für amerikanische Ohren schockierend. Man sagt uns seit Jahren, dass alles was wir finanzieren und alles was wir

unterstützen, im Namen unserer gemeinsamen demokratischen Werte geschieht. Doch wenn man sieht, dass europäische Gerichte Wahlen aufheben und hohe Funktionäre entsprechende Drohungen aussprechen, dann stellt sich die Frage, ob man sich selbst an die eigenen hohen Maßstäbe hält.

Wir dürfen nicht nur über Demokratie reden – wir müssen sie auch leben.

Wie war es zu Zeiten des kalten Krieges? Wie sind die Tyrannen damals mit Dissidenten umgegangen?

Sie haben Kirchen geschlossen und Wahlen annulliert. Das waren sicher nicht die Guten und deshalb haben sie den kalten Krieg verloren. Auch weil man Innovation, Kreativität und Wertschöpfung eben nicht von oben verordnen kann. Die Menschen brauchen die Segnungen der Freiheit, um zu erfinden, zu erbauen und zu denken und dabei durchaus auch Fehler machen zu dürfen. Das sind unabdingbare Voraussetzungen.

Wenn man heute auf Europa blickt, ist nicht klar, was aus den Gewinnern des kalten Krieges inzwischen geworden ist. In Brüssel drohen Bürokraten den Bürgern, die Medien abzuschalten, sobald sie etwas entdecken, was nach eigener Lesart „hasserfüllten Inhalt“ darstellen könnte.

Polizeirazzien gegen Bürger, die angeblich antifeministische Kommentare gepostet haben, finden statt – im Zuge eines Aktionstages gegen Frauenhass. In Schweden wird ein christlicher Aktivist verurteilt, der an einer Koranverbrennung beteiligt war, was zur Ermordung eines Freundes geführt hat. Begründung der Richter: Auch Gesetze zur Meinungsfreiheit seien kein Freifahrtschein alles zu tun und zu sagen, ohne das Risiko einzugehen, eine Gruppe zu beleidigen.

Und besonders beunruhigend ist der Blick auf das Vereinigte Königreich, wo jemand wegen eines angeblich „abscheulichen“ Verbrechens verurteilt wurde.

Das Verbrechen bestand darin, 50 Meter von einer Abtreibungsklinik entfernt, ein 3-minütiges leises Gebet für seinen ungeborenen Sohn gesprochen zu haben, den er und seine

damalige Freundin vor Jahren abgetrieben hätten. Die Polizisten ließen sich von seiner Geschichte nicht beeindrucken. Er wurde schuldig gesprochen, gegen das neue Gesetz zu „Pufferzonen“ verstoßen zu haben. In diesen Pufferzonen, die sich 200 Meter um Abtreibungseinrichtungen erstrecken, werden alle Handlungen, die die Entscheidung einer (abtreibungswilligen) Person beeinflussen könnten, kriminalisiert. Und dazu zählt eben auch stilles Beten. Das kostete ihn mehrere tausend Pfund als Strafe. Leider war das kein Einzelfall, der beispielsweise durch Auslegung eines schlecht formulierten Gesetzes hervorgerufen worden wäre.

Nein, denn in Schottland wurden im letzten Oktober Briefe an Bürger in den sogenannten „Safe Access Zones“, rund um Abtreibungskliniken verschickt, die darauf hinwiesen, dass selbst privates Beten im eigenen Zuhause einen Gesetzesverstoß darstellen könnte.

Auch wurden die Bürger ermutigt, ihre vermeintlich wegen dieses Gedankenverbrechens schuldigen Nachbarn bei Behörden zu melden.

Demokratie lebt von Redefreiheit ohne jede Zensur.

Auch sei die Redefreiheit in ganz Europa auf dem Rückzug – immer öfter wird nach Zensur gerufen. Man müsse allerdings einräumen, dass mitunter die lautesten Rufe sogar aus den USA gekommen seien. Betreiber sozialer Medien wurden massiv unter Druck gesetzt zu zensieren – insbesondere während der Corona-Zeit. Die These, dass das Virus höchstwahrscheinlich aus einem Labor gekommen sei, wurde als „Fehlinformation“ gebrandmarkt – jetzt stellt es sich als die offensichtliche Wahrheit heraus.

Unser Angebot ist, dass wir alle (die Trump-Regierung und Europas Regierungen) zukünftig die Fehler der Vergangenheit vermeiden, Menschen die ihre Meinung äußerten zum Schweigen zu bringen. Stattdessen sollten wir den Grundsatz beherzigen: „Wir mögen nicht Ihrer Meinung sein, aber wir werden dafür kämpfen, dass Sie diese Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern dürfen – ob sie uns passt oder nicht.“

Fortsetzung auf Seite 9

wir empfehlen ...

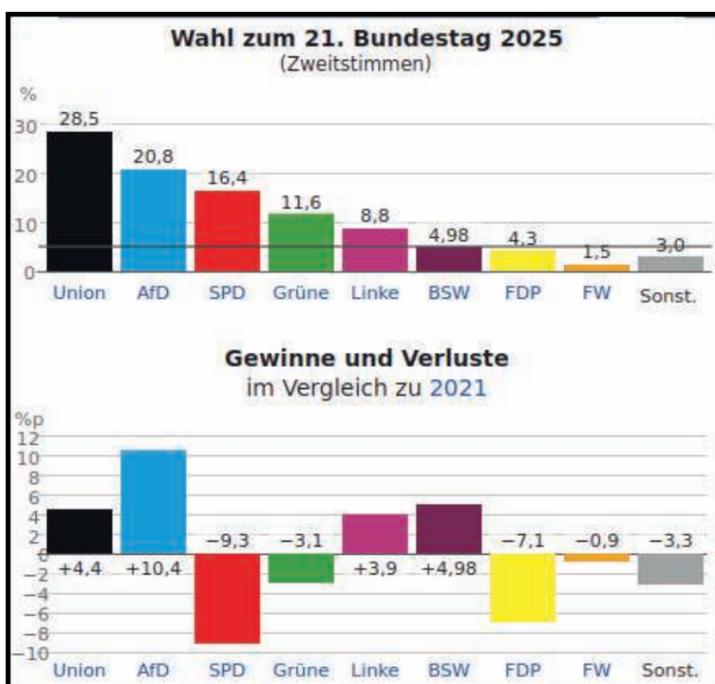


KONTRAFUNK
Die Stimme der Vernunft

kontrafunk.radio

Die AfD – der Shootingstar

VON EMIL HOFER



Grafik wikipedia.org

Die AfD hat ihre Wählerstimmen innerhalb von drei Jahren verdoppelt und >20% der Stimmen erreicht. Dies ist ein klares Signal, dass diese Partei als Volkspartei angekommen ist.

Durch ihre klaren Positionen und markante Rhetorik hat die AfD es geschafft, viele kritische Bürger für sich zu gewinnen.

Ihre politische Strategie setzt auf die Themen Immigration, Sicherheit und nationale Identität, die sie in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen stellt.

Aber dies ist nicht alles. Sie setzt sich als einzige rechte Kraft durch und marginalisiert die Wettbewerber „WerteUnion“ und „Freie Wähler“, die fast unsichtbar geworden sind, und jagt die FDP aus dem Bundestag.

In Bayern, wo die AfD bei der Landtagswahl noch von den Freien Wählern des Hubert Aiwanger auf den dritten Platz verwiesen wurde, landeten diese unter der 5%-Hürde, selbst die erhofften Direktmandate wurden verfehlt und Aiwanger landete in seinem Wahlkreis auf dem dritten Platz.

Selbst in den früheren Problemzonen wie Bremen oder Hamburg legte die AfD deutlich

zu und fuhr zweistellige Ergebnisse ein. In Schleswig-Holstein, wo die AfD bei der Landtagswahl an der 5%-Hürde scheiterte, erhielt sie 16,3%! Im Osten wurde die AfD die stärkste Kraft und ließ alle anderen Parteien weit hinter sich. Fast alle Direktmandate (außer drei) gingen an die AfD.

Maximilian Krahe, der zuvor noch aus der EU-Abgeordnetengruppe ausgeschlossen wurde, errang ein Direktmandat, sodass das Bashing in der Bundespartei nun verstummen dürfte.

In Nordrhein-Westfalen ist das Ergebnis mit 16,8% nach dem schlechten Ergebnis der Landtagswahl mit 5,4% mehr als eine Verdreifachung.

Die Stimmenverteilung ist recht differenziert, die ländlichen Gebiete schnitten durchweg besser ab als die Großstädte wie Köln und Düsseldorf. Dafür gab es aber Rekordergebnisse in den Problemstädten Gelsenkirchen und Duisburg.

Auch auf der linken Seite des politischen Spektrums gab es keine Konsolidierung.

Die SPD und die Grünen stürzten ab, das BSW schaffte es nicht über die 5%. Die Linke feiert ihre 8,8% als großen Sieg nach den 4,9% bei der letzten Wahl.

02 | Politik

DOGE und das Ende der Demokratie

VON KARIN LUDWIG

Donald Trump hatte bereits im Wahlkampf mehrfach betont, dass die effiziente Arbeit der Regierungsbehörden und Bekämpfung des „Deep State“ zu den wesentlichen Aufgaben seiner zweiten Amtszeit gehören würden. So gründete er als frisch inaugrierter Präsident schon am 20. Januar 2025 per Executive Order die passende Behörde: DOGE (Department of Government Efficiency). Ziele sind die Steigerung der Effizienz und Produktivität der Bundesregierung und die Modernisierung der Bundes-Technologie.

Eine effizientere Arbeit der Regierungsbehörden wäre auch zwingend erforderlich - in Anbetracht der Tatsache, dass die Staatsverschuldung der USA derzeit bei etwa 35 Billionen US-Dollar liegt: 121 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, mehr als 100.000 Dollar Schulden pro Bürger. Das jährliche Haushaltsdefizit liegt bei etwa 2 Billionen US-Dollar.

Offizielle Leiterin von DOGE ist Amy Gleason, die bisherigen Aktivitäten gingen jedoch meist von „Special Government Employee“ Elon Musk aus, der in dieser Position übrigens kein Gehalt bezieht. Zur Unterstützung

schuf Musk ein junges Team ehemaliger Angestellter und Praktikanten von SpaceX, Neuralink, Meta, Palantir und anderer Tech-Konzerne.

Bereits in vergangenen Jahren wurden horrende Verschwendungen und Veruntreuung von Steuergeldern aufgedeckt: 2,7 Billionen Dollar an betrügerischen Zahlungen von Medicare und Medicaid ins Ausland, Billionen ungeklärter Zahlungen im Pentagon, 9,3 Milliarden Dollar für eine sechs Kilometer lange U-Bahnstrecke in Kalifornien oder 200 Milliarden US-Dollar für missbräuchlich verwendete Corona-Hilfen sind nur einige Beispiele dafür. All das blieb bisher ohne Konsequenz.

Im Gegenteil, der Irrsinn wurde sogar weiter befördert. Die Biden-Administration legte ein 7,5-Milliarden-Dollar-Programm für den Bau von Ladestationen für E-Autos auf, nach drei Jahren waren davon 17 Ladestationen gebaut. Von einem 42-Milliarden-Dollar-Programm für schnelles Internet profitierte bisher noch kein einziger Haushalt.

Auch der Verbleib von vielen Milliarden Dollar an Hilfszahlungen für die Ukraine bleibt bisher unklar.

DOGE will dieser irrwitzigen

Verschwendung von Steuergeldern nun endlich Einhalt gebieten - und verzeichnet erste Erfolge. So gab das US-Finanzministerium 4,7 Billionen US-Dollar ohne Buchungsnummer aus: das Geld ist weg, aber keiner kann nachvollziehen, wofür es verwendet wurde.

Dank DOGE ist die Angabe der Buchungsnummer nun verpflichtend für jede Transaktion.

Erstes großes „Opfer“ im DOGE-Sparprogramm ist USAID (United States Agency for International Development) - eine offiziell unabhängige Behörde für Entwicklungszusammenarbeit.

USAID wurde 1961 gegründet und kümmert sich u.a. um Katastrophenhilfe, Landwirtschaft, Handel und Gesundheitspolitik. Allerdings mischte sich die Behörde unter dem Deckmantel „Demokratie und Stärkung der Zivilgesellschaft“ auch in die Innenpolitik anderer Staaten ein.

Sie beeinflusste Wahlen in der Ukraine und Georgien, förderte nicht nur in- und ausländische Medien, sondern auch islamistische Terrororganisationen und - unter dem Deckmantel der „Pandemiebekämpfung“ - die Forschung an

Corona-Viren von Fledermäusen. Mehrere Staatschefs in Lateinamerika warfen USAID vor, mit einem Netz von NGOs und in Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten zur Destabilisierung ihrer Länder beizutragen. Die „Ernährungssicherung“ von USAID soll im Wesentlichen in der Durchsetzung der Interessen US-amerikanischer Landwirtschaftskonzerne bestanden haben.

DOGE wandte sich bei der Buchprüfung der USAID-Aktivitäten zunächst an die Chefetage - und wurde abgewiesen.

Wieso sollte man als „unabhängige Behörde“ Rechenschaft über die Verwendung eines Budgets von 42,8 Milliarden US-Dollar Steuergeld (2024) Rechenschaft ablegen müssen?

Doch DOGE blieb hartnäckig: Zahlungen wurden gestoppt, die Anzahl der Mitarbeiter soll von etwa 10.000 auf 300 reduziert werden, nur noch echte Hilfsprojekte sollen weiterlaufen.

Das Geschrei der von den Einsparungen Betroffenen reichte bis über den Großen Teich, immerhin flossen 2023 allein 16,6 Milliarden US-Dollar von USAID in die Ukraine. Man

befürchtet jetzt eine weltweite Destabilisierung und Verschärfung humanitärer Krisen und fordert, dass nun mit unserem Steuergeld helfend eingegriffen werden muss, um zu verhindern, dass „autokratische Staaten diese Lücken füllen und ihren Einfluss ausbauen“ (Deborah Düring, Grüne). Der erste Schritt dazu wurde am 18. März mit der Verabschiedung des gigantischen Schuldenpakets der deutschen Geschichte gemacht: wir retten die Welt und „die Demokratie“ und opfern dafür die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

Quellen:
<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/trump-und-musk-machen-ernst-mit-drain-the-swamp/>
https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Agency_for_International_Development
https://www.achgut.com/artikel/wie_die_us_auslandshilfe_den_terror_finanziert_hat
https://www.achgut.com/artikel/usaid_fake_news_vom_quaken_der_froesche_im_sumpf
<https://www.spiegel.de/panorama/usaid-der-kahlschlag-bei-der-us-entwicklungsbehoerde-trifft-die-ukraine-besonders-a-f05fcad9-0911-41e9-bf60-c3c242484d62>

Die USA fürchten den Internationalen Strafgerichtshof

VON ENZO RAUCH

Der republikanische Senator Lindsey Graham hat Ende Mai den US-Außenminister Antony Blinken zu Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) aufgefordert.

Grund war die Ausstellung eines Haftbefehls gegen den israelischen Premier Netanjahu,

wegen Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg.

„Denn wenn sie das mit Israel anstellen, sind wir die nächsten“ begründete er die geforderten Sanktionen. Es wäre ein Desaster für die Vereinigten Staaten, wenn die Welt plötzlich beginnen

würde, die amerikanischen Kriegsverbrechen zu benennen oder gar zu sanktionieren.

Deren gibt es genug auf der Welt, denn wer an allen Ecken Krieg führt, kommt nicht daran vorbei, dass auch Verbrechen begangen werden.

Das müssen keine von höheren Stellen geplante Verbrechen gegen Zivilisten wie die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki oder die Auslöschung Dresdens sein, nein, Soldaten machen manchmal sonderbare Dinge, wie man in Abu Ghraib in Afghanistan gesehen hat, wo

amerikanische Soldaten auf nackten Gefangenen geritten sind. Selbst weibliche Soldaten sind gegen solche Untaten nicht immun.

Aber bevor sich die Amerikaner vor einem Gericht verantworten müssen, schaffen sie lieber das Gericht ab.

Demokratie als Unterrichtsfach – eine Schülerin berichtet

MARCUS SCHMIDT im Gespräch mit Lana R.

MS: Hallo Lana*, danke, dass Du dir für uns Zeit genommen hast.

***)** Name geändert - ist der Redaktion bekannt

Du hast erzählt, dass du in deinem Schulalltag Erfahrungen gemacht hast, die letztendlich dazu führten, dass du aus dieser Schule ohne den angestrebten Abschluss quasi geflüchtet bist.

Vielleicht stellst du dich zunächst kurz vor.

Lana: Ich bin 16 Jahre alt, Schülerin der Körtener Gesamtschule. Ich habe Migrationshintergrund durch meinen Vater, der vor rund 35 Jahren aus der Türkei zugewandert ist. Er arbeitet bei einem großen Logistikunternehmen und meine Mutter ist als Bürokauffrau beschäftigt.

MS: Du hast erzählt, dass du in der Schule gemobbt worden bist.

Was waren die Gründe dafür?

Lana: Im Unterricht Politik und Geschichte wurden Vergleiche zwischen der NS-Zeit und der heutigen Zeit gezogen. Dabei wurde insbesondere rechte Politik und Parteien analysiert. Im Unterricht wurde klar, dass der Lehrer sehr viel Wert darauf gelegt hat, dass seine Positionen allgemeine Zustimmung finden. Andere Meinungen, auch zu einzelnen Programmpunkten wurden nicht wirklich zugelassen oder gar toleriert. Wer nach Kurzdiskussion immer noch anderer Meinung war, wurde durchaus auch als Demokratiefeind bezeichnet.

MS: Wie reagierten Mitschüler

auf Klassenkameraden mit abweichender Meinung?

Lana: Die Mehrheit hat dem Lehrer zugestimmt, kein Mitschüler wagte sich so richtig Partei zu ergreifen. Schlimmer noch, man wurde im Unterricht als Nazi bezeichnet. Ganz selten bekam man etwas Zustimmung von Mitschülern, manchmal in den Pausen.

MS: Hat sich das Festhalten an der eigenen Meinung auf Noten oder auf das Verhältnis zu Lehrern allgemein ausgewirkt?

Lana: Ich hatte das Gefühl, dass meine Noten dadurch negativ beeinflusst wurden und auch das Verhältnis zu Lehrern - nicht allen - war deutlich abgekühlt. Auch viele Schüler haben den Kontakt zu mir gemieden.

MS: Du hast trotz insgesamt sehr guter Noten auf das für dich offenbar leicht zu erreichende Abitur verzichtet und die Schule nach der Mittleren Reife verlassen. Was hat denn da den Ausschlag gegeben?

Lana: Ich habe mich in der schulischen Umgebung nicht mehr wohlfühlt, war alleine, konnte Freund und Feind nicht mehr auseinanderhalten. Dieses ständige Gefühl der Hilflosigkeit, des Alleingelassenseins wurde unerträglich. Mein Privatleben litt darunter. Es war zu viel für mich.

MS: Was hast du jetzt vor?

Lana: Ich habe einen Ausbildungsplatz in einem technischen Beruf, den ich nach dem Sommer antrete. In jedem

Fall will ich auch noch irgendwie mein Abitur nachholen.

MS: Was kannst Du Schülern empfehlen, die eine eigene Meinung haben?

Lana: Kämpfen, nicht unterkriegen lassen aber die eigene Zukunft nicht dadurch ganz verspielen.

MS: Was würdest du Schulen empfehlen?

Lana: Schulen sollen ja neutral sein. Lehrer sollten mit den Schülern sachlich und fachlich in guter Atmosphäre diskutieren und letztendlich auch deren Meinung akzeptieren.

MS: Vielen Dank liebe Lana und alles Gute für deinen weiteren Lebensweg.

Der Panamakanal und seine Eigentümerschaft

VON ENZO RAUCH



Bild von © Monica Volpin auf Pixabay

Ein historischer und aktueller Überblick

Der Panamakanal, eine der bedeutendsten Wasserstraßen der Welt, verbindet den Atlantischen mit dem Pazifischen Ozean und spielt eine entscheidende Rolle im internationalen Handel.

Die Frage der Eigentümerschaft dieses strategisch wichtigen Kanals ist durch historische Ereignisse und Entwicklungen geprägt worden.

Die französische Phase

Im Jahr 1881 begann ein französisches Unternehmen unter der Leitung von Ferdinand de Lesseps, der zuvor erfolgreich den Suezkanal gebaut hatte, mit dem Bau des Panamakanals.

Doch die schwierigen geographischen und klimatischen Bedingungen sowie Krankheiten wie Malaria und Gelbfieber führten dazu, dass das Projekt 1889 scheiterte.

Die amerikanische Übernahme

Nach dem Scheitern des französischen Projekts kauften die USA für 386 Millionen Dollar die gesamte Kanalzone und sicherten sich durch den Hay-Bunau-Varilla-Vertrag die Rechte, inklusive einer zehn Meilen breiten Zone um den geplanten Kanal. Der Bau des Kanals wurde schließlich 1914 abgeschlossen und der Panamakanal wurde offiziell eröffnet.

Die Eigentümerschaft bis 1999

Von der Eröffnung des Kanals im Jahr 1914 bis zum 31. Dezember 1999 wurde der Panamakanal von den Vereinigten Staaten kontrolliert und verwaltet. Die USA errichteten in der Kanalzone eine umfassende Infrastruktur, einschließlich Wohngebieten, Schulen und Krankenhäusern, um die amerikanischen Arbeiter und ihre Familien zu unterstützen.

Der Torrijos-Carter-Vertrag

In den 1970er Jahren begannen intensive Verhandlungen zwischen den USA und Panama über die Zukunft des Panamakanals. Diese Verhandlungen führten 1977 zum Abschluss des Torrijos-Carter-Vertrags. Der Vertrag sah die

schrittweise Übergabe des Kanals von den USA an Panama vor, die bis zum 31. Dezember 1999 abgeschlossen sein sollte.

Geblichen ist den USA indes ein sogenanntes Eingriffsrecht, wenn die Neutralität des Kanals gefährdet sein sollte – ohne nähere Definition. Nun hat China in den letzten Jahren zwei wichtige Häfen an beiden Enden des Panamakanals erworben und somit größeren Einfluss gewonnen. Dass dies die USA stört, liegt in der Natur der Sache und stärkt das Argument des neuen Präsidenten der USA Donald Trump, dass die Unabhängigkeit und Neutralität des Kanals gefährdet sei. Zumal der Kanal natürlich enorme militärische Bedeutung für die USA hat, ist es doch die einzige rasche Möglichkeit, Seestreitkräfte vom Osten der USA zu deren Westküste und umgekehrt zu verlegen. Vor diesem Hintergrund erscheint der Vertrag, den Jimmy Carter geschlossen hat, schon fast naiv.

Die Übergabe an Panama

Am 31. Dezember 1999 übertrugen die Vereinigten Staaten gemäß dem Torrijos-

Carter-Vertrag die vollständige Kontrolle und Verwaltung des Panamakanals an die panamaische Regierung. Seitdem ist der Kanal im Besitz und unter der Verwaltung der Republik Panama.

Die Panama Canal Authority (ACP)

Die Verwaltung des Kanals liegt in den Händen der Autoridad del Canal de Panamá (ACP), einer unabhängigen panamaischen Regierungsbehörde. Die ACP ist verantwortlich für den Betrieb und die Wartung des Kanals, einschließlich der Planung und Durchführung von Erweiterungsprojekten, um den sich wandelnden Anforderungen des globalen Schiffsverkehrs gerecht zu werden.

Fazit

Der Panamakanal gehört heute der Republik Panama, die durch die Panama Canal Authority für seinen Betrieb und seine unabhängige Verwaltung verantwortlich ist. Der Kanal bleibt aber ein unverzichtbarer Bestandteil des globalen Handels und der militärischen Verteidigungsfähigkeit der USA.

Auf der Mauer, auf der Mauer liegt sie auf der Lauer

VON ENZO RAUCH



IM „Czerny“ – Ex-DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière und seine Sprecherin Angela Merkel (1)

Vor nun 35 Jahren kollabierte der kommunistische Linksstaat DDR für die Welt überraschend. Die Mauer, die der Nomenklatura in Ostdeutschland die Macht sichern sollte, ist mit einem Donnerschlag zusammengebrochen.

Der bürgerliche Freiheitswille hat sie hinweggefegt, trotz Stacheldraht, Todeszone und Wehrtürmen wurde sie in Stücke gerissen, die man heute als Andenken kaufen kann.

Einige Mitglieder der Nomenklatura wollten es nicht wahrhaben,

dass ihre Macht über den Staat und das Volk dahinzugehen schien und klammerten sich an die Reste, um wenigstens noch einen Teil ihres Einflusses zu erhalten.

Es half alles nichts, die deutschen Teilstaaten wuchsen zusammen, und bei den folgenden Wahlen waren bürgerliche Mehrheiten nicht mehr zu schlagen. Heimlich, still und leise hat sich aber das sozialistische Virus in die neu entstandene Republik eingeknistet.

Wie so mancher Erreger führte es nicht sofort zu Krankheit und Tod, sondern wirkte im Stillen. In den Merkel-Jahren wurde das Virus so gut gepflegt, dass die CDU langsam zu einer linken Kaderpartei wurde.

Nach dem Ende von Merkel wurde aber ein neues Werkzeug gesucht um die linke

Vorherrschaft zu garantieren. Damit die bürgerliche Mehrheit, die sich wegen des Versagens der Linken gebildet hatte, nicht zu einer Regierung führen kann, wurde an einer neuen Mauer gebaut. Diese Mauer besteht nicht aus Beton, sie hat keinen Stacheldraht und keine Selbstschussanlagen. Aber sie wird schärfer bewacht als es die 20.000 Grenzschilder der Berliner Mauer konnten. Ein Heer von bezahlten Journalisten und NGOs hetzt regelmäßig gegen die Opposition. So wurde die Diktatur der Mehrheit zu einer Diktatur der Minderheit und „Unsere Demokratie“ genannt.

Da aber die Linken - wie immer - nur das Geld anderer verteilen können und nicht produktiv sind, gerät der Staat immer mehr in Schieflage und es kommt wie es kommen musste, das Geld war zu wenig und Schulden mussten her. In dieser Situation besteht die

Gefahr, dass die Bevölkerung jene wählt, die die Missstände beseitigen möchten.

Um das zu verhindern und zum Vernichtungsschlag auszuholen stieg eine alte Frau aus ihrem Luxusbüro empor und meuchelte ihren Nachfolger, der zu wanken drohte, und die Mauer in Gefahr brachte.

Das Heer der linken Journalisten und NGO's verstand sofort das Zeichen und organisierte bedrohliche Demonstrationen um demokratische Entscheidungen zu verhindern. Nun, wie wird das Ende dieser Geschichte aussehen?

Nach einem langen, schmerzhaften Niedergang, der auch andere Nationen mit ins Unglück stürzen wird, wird es endlich zur Umkehr kommen. Ob die Verursacher dieser Katastrophe den Wiederaufstieg durch ein Gitter beobachten werden ist noch unklar.

Wie „gesichert rechtsextrem“ ist die AfD wirklich?

VON ENZO RAUCH



Bild von © VBlock auf Pixabay

Ein geheim zusammengetragenes Dokument des Verfassungsschutzes bestehend aus tausend Seiten wurde an das Portal Netzpolitik.org durchgestochen und hinterlässt erhebliche Zweifel an dem medialen Framing zu Lasten der AfD.

Das Dokument basiert auf ca. 600 Aussagen unter anderen auch von AfD-Funktionären, die teilweise schon lange nicht mehr in der Partei sind.

Die vier Hauptvorwürfe in dem Konvolut sind:

1. Die AfD missachte die Menschenwürde der Zuwanderer;
2. Sie sei islam- bzw. moslemfeindlich;
3. Sie verunglimpfe den Staat und stelle das Rechtsstaatsprinzip Deutschlands in Frage;
4. Sie verunglimpfe die angeblich "demokratischen" Parteien.

Die Beurteilung folgt in weiten Teilen selbst entwickelten und fragwürdigen Schlussfolgerungen. In einem sonderbaren Vorwurf heißt es, sie spreche Immigranten die Menschenwürde ab, weil sie einen „völkischabstammungsmäßigen Volksbegriff“ propagiere.

Dadurch würden Neubürger pauschal ausgeschlossen. Wenn es aber ein Volk gibt (siehe Grundgesetz), dann muss es auch Menschen geben, die nicht zu eben diesem gehören.

04 | Gesellschaft

Warum hat die aktuelle Sexualerziehung in Kindergärten und Schulen etwas mit Marxismus und Sozialismus zu tun?

VON LÄTTIA CAPUCCI

Dr. Dr. Daniel von Wachters (Religionsphilosoph) Thesen auf dem Symposium am 09.11.2024 in Leinfelden / Echterdingen bei Stuttgart zum Thema „Kinder im Visier von Porno, Trans & Co.“, Veranstalter war das Aktionsbündnis „Demo für alle“, eingeleitet von seiner Sprecherin und Moderatorin Hedwig von Beverfoerde - wiedergegeben in der Kontrafunk-Sendung vom 21.12.2024

Wenn Sie aktuell Kleinkinder haben oder diese als Großeltern gerne und oft betreuen, haben Sie sich u.U. womöglich schon einmal gefragt, womit sich die lieben Kleinen in Kindergarten und Schule beschäftigen (müssen). Wenn Sie nachfragen, kann es in dieser Zeit passieren, dass Sie mit Sexualkundeunterricht in den entsprechenden staatlichen Institutionen konfrontiert werden und sich zurecht fragen müssen: Ist mein Kind oder Enkel nicht zu jung für so etwas?

Warum soll mein Kind damit jetzt konfrontiert werden? Verletzt dieses Thema in diesem Alter nicht sein Schamgefühl? Welche Auswirkungen kann das haben? Das ist das Thema von Dr. Dr. Daniel von Wachter als Religionsphilosoph, der in seinen Thesen wohlbegründet darauf eingeht, dass diese Entwicklungen mit der Absicht des Staates einhergehen, unsere Gesellschaft – und das schon seit Jahrzehnten – im Sinne des Marxismus und Sozialismus wie folgt grundlegend zu verändern.

Von Wachters These lautet: „Die Frühsexualisierung von Kindern ist ein Mittel, die Gesellschaft im Sinne des Sozialismus umzuformen.“ Es geht um nichts Geringeres als die schamzerstörende Erziehung unserer Kinder in Kindertagesstätten und Schulen

durch die staatliche Förderung der Sexualpädagogik, durch die auch die Lehrpläne vorgegeben werden. Unter www.elternaktion.de können betroffene Eltern Rat bekommen, wie sie ihre Kinder in den staatlichen Einrichtungen vor der übergriffigen Sexualpädagogik schützen können und welche Mittel es dafür gibt.

Dr. Dr. von Wachter berichtete über die marxistischen Wurzeln dieser Sexualpädagogik und gab zu bedenken, dass viele Bürger im guten Glauben an den Staat handeln, weil sie denken, dass der Staat zu solch einer Absicht gar nicht fähig wäre, weil der Staat immer nur Gutes wolle und denkt sich vielleicht nicht viel dabei, wenn auf Geheiß des Staates nun Masturbationsräume in Kindergärten eingerichtet werden sollen.

Aber dieses Phänomen ist real und was ist die Triebfeder dessen? Kinder werden dadurch doch psychisch geschädigt. Von Wachter hebt bei seinem Ansatz zwei Personen hervor, die maßgeblich im Sinne des Sozialismus dieses Thema vor ca. 100 Jahren in Volk und Gesellschaft impliziert haben: Der Marxist Georg Lucács (1885-1971) aus Wien, selbst ein gestörtes Kind, gab später das Buch „Die Sexualmoral im Marxismus. Schrift zur sozialistischen Umstrukturierung des Menschen“ heraus.

Die zweite maßgebliche Persönlichkeit war Wilhelm Reich (1897-1957), Ukrainer im KuK, Arzt, Psychiater und Sexualforscher, postulierte in Folge der Zerstörung seiner Familie durch Amoral, dass alle Sexualmoral beseitigt werden muss, sie ist schädlich für den Menschen, weil sie zur

bürgerlichen Gesellschaft gehöre. Dieser Zusammenhang zwischen Sexualisierung und Sozialismus wurde somit von westlichen Marxisten hergestellt, wobei Lenin schon für die freie Liebe plädierte und neben seiner Ehefrau ein illegitimes Liebesverhältnis zu einer Französin unterhielt (Anmerkung durch die Redaktion).

Die Triebfeder der Marxisten dabei ist die Erlangung der Macht über die Menschen durch Aufhebung jeglicher bürgerlicher Moralbegriffe. Das soll durch eine schamzerstörende Sexualerziehung und die Zerstörung von Moralbegriffen wie sie etwa durch Religion vermittelt werden. Es wird also die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft angestrebt, es ist das, worauf die Nationalsozialisten auch schon abzielten (s. Joachim Fests Hitlerbiographie, 1973; Anmerkung der Redaktion).

In diesem Sinne einer sozialistischen Umstrukturierung des Menschen sollte der neue Mensch geschaffen werden. Dabei sollten die Menschen einen Hass gegen das Gute im Sinne des Marxismus entwickeln, damit die Marxisten die Macht erringen konnten. Wenn der Mensch nicht gelernt hat, seine Triebe zu kontrollieren, ist er im Hass auf das Gute. Umgekehrt steht der Mensch als positives Wesen im Leben. Die Stoßrichtung der Sozialisten wird klarer, wenn man die letzten Jahrzehnte unter dieser Thematik betrachtet.

Da gab es die sexuelle Revolution in den 60er Jahren, als die Studenten gegen die bisherige Sexualmoral aufgestanden sind. Sie nahmen Drogen, wodurch sie ihre Triebe ungehemmter ausleben konnten, weil diese den Verstand schwächten und ihre Triebe stärkten: „Wer zweimal mit

Derselben pennt, gehört schon zum Establishment!“ Das bisherige Volksgewissen wurde auf eine harte Probe durch den Befreiungsimpetus, die Förderung von Promiskuität und die Verwirklichung der Triebe gestellt.

Das redet den sozialistischen Forderungen das Wort, die ständig von Unterdrückungen sprechen und den Menschen weismachen wollen, das die bisherige Sexualmoral unterdrückerisch gewesen sei.

Eine gute bürgerliche Moral hingegen erfordert nämlich das Gegenteil dessen, was dort infrage gestellt wurde. Es erfordert eine starke Ehe und 20-30 Jahre Erziehung von Kindern, um die sich Vater und Mutter kümmern. Das ist eine stabile Basis dafür. Doch auch die Institution der Ehe wurde ja Schritt für Schritt infrage gestellt. Die nächste Stufe der Sexualisierung zielt nun auf die Kleinen.

Ein Kind von 4 Jahren hat noch keinen Sexualtrieb. Konfrontiert man es aber nun damit, ruft das im Kind ein Trauma, einen Schock hervor, weil es Sexualverhalten noch nicht einordnen kann. Es führt zu seelischen Verletzungen, welche wiederum diesen kleinen Menschen nachhaltig schwächen und eine Elternbindung unmöglich machen. Somit wird die kindliche Unschuld zerstört, es wird der kleine heranwachsende Mensch zerstört, der wiederum keine gesunde Familie gründen kann und andere Menschen zerstört, damit wird dann die Gesellschaft zerstört, damit die Revolutionäre letztendlich die bürgerliche Gesellschaft zerstören können. So sieht die Eskalationsspirale der zerstörerischen Politakteure aus. (Man denke dabei auch an die

Auswirkungen von Kinderehen, Anmerkung der Redaktion.) Von Wachter verweist darauf, dass es zu diesem Thema auch pseudowissenschaftliche Literatur gibt, die in ihrer Dialektik dieser ganzen Absicht Vorschub leistet. Somit wird eine Gesellschaft zerstört.

An dieser Stelle befindet sich nun der Westen. Die sexuelle Revolution ist weit gediehen und hat bereits erheblich zur Zerstörung der Gesellschaft beigetragen durch Sex, Pornographie, falsch verstandenen Feminismus, Sex mit Kindern, Legalisierung von Cannabis, Vergewaltigungen, Gruppenvergewaltigungen, worüber sich kaum noch jemand aufregt etc., diese Arten von Ausschweifungen dienen der Moralzerstörung einer Gesellschaft. Ein Volk mit solchen gestörten Kindern und Menschen ist aus Sicht der Marxisten und Sozialisten leichter kontrollierbar bis hin zur Diktatur.

Als mögliche Lösungen für diese Probleme bietet von Wachter folgendes an: Als betroffene Eltern sollte man die Erzieher und Lehrer ansprechen und fordern, über die Einzelheiten des Sexualkundeunterrichts im Vorfeld informiert zu werden. Zudem sollte man politischen Druck erzeugen, andere Menschen aufklären.

Vielleicht sollte man auch auf Homeschooling oder Privatschulen umsteigen, was allerdings nicht immer einfach ist.

Es sollten Alternativen geschaffen werden. Der Staat darf unsere Kinder nicht erziehen, das ist Sache der Eltern. Die Menschen sollen das Gute im Auge behalten und das Böse nicht ins Herz lassen!

Ein Jahr Potsdam-Legende

VON NATHALIE WAGNER

Die Korrektur von Correctiv ist nun ein Jahr alt und war für Simone Baum und alle anderen Beteiligten dringend notwendig.

Ende 2023 nahm neben vielen anderen Interessierten Simone Baum, Angestellte der Stadt Köln, am Treffen einer gesellschaftspolitisch interessierten Gruppe im Landhaus Adlon in Potsdam teil. Sie ist deshalb und wegen eines Besuches ihrer Freunde nach Potsdam gefahren.

An dem Treffen nahmen u.a. auch der Rechtsanwalt Dr. Vosgerau aus Köln als einer der Referenten sowie Herr Sellner, ebenfalls als Referent, sowie weitere

Parteiangehörige der CDU und der AfD teil.

Unbemerkt von den eingeladenen Teilnehmern, konspirativ und nicht eingeladen war der Correctiv-Journalist Jean Peters ebenfalls zugegen, der die Vorträge, das Treffen und die Teilnehmenden in einem Schmähartikel, der allerdings erst in der zweiten Januarwoche 2024 äußerst medienwirksam, doch passend vor den Europawahlen, erschien, aus seiner Sicht überzogen und vor allem nicht wahrheitsgemäß „eingeordnet“ hatte. In der Kampagne wurde das Treffen als konspirativ, geheim und unglaublich negativ

dargestellt und es wurde behauptet, dass es bei dem neuen „Wannsee-Treffen“ um die Besprechung zur millionenfachen Deportation von Migranten und deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund in ihre Heimatländer gegangen wäre.

Frau Baum verlor daraufhin vorübergehend ihre Anstellung und musste sich arbeitsrechtlich zur Wehr setzen – und mit Erfolg, denn sie arbeitet nun wieder bei der Stadt Köln auf ihrem früheren Posten.

Auch Herr Dr. Vosgerau, Dozent der Rechtswissenschaften an der

Universität Köln, musste – ebenso mit Erfolg – den Rechtsweg beschreiten.

Das hört und liest sich recht trocken und sachlich, jedoch war dieser Versuch, den Leumund bestimmter Personen und politischer Kreise zu ruinieren, mit viel persönlichem Schmerz und Geldverlust verbunden. Vor allem, wenn man, wie die Gerichte festgestellt haben, in all diesen Anklagepunkten für unschuldig freigesprochen wurde.

Correctiv – wie ebenso festgestellt wurde – arbeitet nicht unabhängig, denn das Medien-

portal bekommt Gelder von der Regierung, also wir Steuerzahler bezahlen dieses Skandal-Portal. Und Correctiv selbst arbeitet mit unlauteren Mitteln.

Frau Baum hat sich in ihrem Buch „Die Potsdam-Legende. Einmal Hölle und zurück“ Luft gemacht, indem sie beschreibt, was es ganz persönlich und beruflich heißt, von einem solchen Skandal-Portal unberechtigterweise wortwörtlich durch die Mangel gedreht zu werden.

Es ist lesenswert und mahnt gleichzeitig im Interesse von uns allen, bei allem was man tut bei der Wahrheit zu bleiben.

Wie Dummheit die Gesellschaft kontrolliert

VON NATHALIE WAGNER



Dietrich Bonhoeffer
Bild © commons.wikimedia.org

Die Theorie der Dummheit von Dietrich Bonhoeffer

„Sicherlich haben Sie Menschen erlebt, die leidenschaftlich einer bestimmt Ideologie folgen, blind einer Führungsperson vertrauen oder keinerlei Kritik und abweichende Meinungen zulassen. Dieses Phänomen ist heutzutage (wieder) allgegenwärtig. Um dies besser zu verstehen, werfen wir einen Blick auf Dietrich Bonhoeffers Theorie der Dummheit.

Seine Theorie der Dummheit beschäftigt sich mit dem Unterschied zwischen Dummheit und Bosheit und untersucht die gesellschaftlichen und moralischen Folgen. Dabei betrachtete er Dummheit nicht als einen Mangel an Intelligenz, sondern als ein soziologisches und moralisches Problem.

Für ihn war Dummheit eine bewusste Verweigerung von kritischem Denken und Reflexion. Er stellte fest, dass sich Dummheit unter bestimmten Umständen wie eine Epidemie ausbreitet und große Teile der Gesellschaft infiziert. Besonders häufig tritt sie in Gruppen und Massen auf. Einzelpersonen, die unabhängig agieren, zeigen oft klareres und selbstständigeres Denken. Doch in der Gruppe geben viele ihre Fähigkeit zu kritischem Denken auf und folgen blind der Mehrheit.

Dieses Phänomen wird besonders durch autoritäre Regime verstärkt, in denen unabhängiges Denken unterdrückt und Konformität belohnt wird. Bonhoeffer erkannte, dass Macht, sei es politische oder religiöse, die

Gefahr birgt, Dummheit in den Köpfen der Menschen zu verankern. Die Folgen kollektiver Dummheit sind verheerend. Menschen, die davon beeinflusst sind, werden stur, verschließen sich gegenüber anderen Meinungen und klammern sich an Parolen und Propaganda. Sie verlieren ihre Fähigkeit zu eigenständigem Denken und moralischer Verantwortung.

Diese dumme Haltung kann dazu führen, dass sie Böses tun, ohne dessen wahre Natur zu erkennen. Bonhoeffers Analyse der Dummheit ist untrennbar mit der Frage nach Macht verbunden. Macht, so Bonhoeffer, hat nicht nur die Fähigkeit zu korrumpieren, sondern auch das Urteilsvermögen der Menschen zu trüben.

Wenn ein Individuum unter dem Einfluss von Macht handelt oder Teil einer Masse wird, verschwindet seine individuelle Verantwortung und es wird zu einem Werkzeug im Dienst des Kollektivs. Menschen in Machtpositionen nutzen oft die Dummheit der Bevölkerung aus und fördern sie, um ihre Kontrolle zu festigen. Indem sie kritisches Denken unterdrücken

und Propaganda verbreiten, können sie die Massen effektiver kontrollieren.

Doch warum entscheiden sich Menschen für die Dummheit?

Bonhoeffer hebt ein interessantes Paradox hervor, Dummheit entsteht nicht aus einem Mangel an Intelligenz, sondern aus einem Mangel an Willen zum Handeln. Menschen ziehen sich von der Freiheit zurück und wählen die Sicherheit der Anpassung an die Masse, anstatt die Unsicherheit, die mit freiem und eigenständigem Denken einhergeht, zu akzeptieren.

Deshalb ist Dummheit nicht nur eine Frage des Verstandes, sondern ein tiefgehendes Problem, das die menschliche Natur und moralische Entscheidungen betrifft. Bonhoeffer schreibt: **Dumme Menschen sind nicht zwangsläufig weniger intelligent, sondern emotional und moralisch geschwächt.**

Er glaubte, dass wir sowohl äußere als auch innere Freiheit benötigen, um uns von der Dummheit zu befreien.

Äußere Freiheit bedeutet die Befreiung von repressiven

Systemen und Ideologien, die unser Denken einschränken und unser Potential mindern.

Innere Freiheit hingegen erfordert, dass der Einzelne Verantwortung für seine Gedanken, Überzeugungen und Handlungen übernimmt. Diese innere Befreiung setzt den Mut voraus, Überzeugungen kritisch zu hinterfragen, ihre Gültigkeit zu prüfen und eigene Schlussfolgerungen auf der Grundlage von Vernunft und Beweisen zu ziehen.

Psychologisch betrachtet ist der Prozess, innere Freiheit zu erlangen, oft schmerzhaft. Die Befreiung von Dummheit erfordert, sich den eigenen Ängsten, Zweifeln und Unsicherheiten zu stellen. Es ist ein Prozess der Selbstaufklärung, der tiefen Introspektion, und die Bereitschaft erfordert, eigene Schwächen zu erkennen und in Stärke zu verwandeln.

Wenn Menschen Ideologien unreflektiert und ungeprüft übernehmen, verlieren sie nicht nur die Freiheit des Denkens, sondern auch einen Teil ihrer menschlichen Würde.

(Hervorhebungen und Einklammerungen durch die Redaktion)

Tunnelblick ausschalten!

VON CRISTINA EULER

Wer kennt das nicht: man freut sich auf ein bestimmtes Ereignis und ist bis dahin für andere Dinge kaum ansprechbar, alle Sinne sind auf diesen Tag gerichtet, alles andere wird ausgeblendet.

Das ist eine ganz normale Erscheinung, die bei den meisten Menschen immer mal wieder auftritt und sich von selbst auflöst, sobald das Ziel erreicht ist. Jede Ablenkung, jede andere Meinung wird für diese Zeit ausgeblendet, was kurzfristig sehr hilfreich und effektiv sein kann.

Die Vorstellung, dass dieser Zustand von Dauer sein könnte, ist dagegen eher unangenehm und erinnert ein wenig an den bekannten Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“... Wer möchte schon immer das gleiche erleben, denken, fühlen?

Keine neuen Eindrücke, Informationen und Erkenntnisse zulassen? Die meisten Menschen würden so etwas entschieden ablehnen – die regierenden Parteien Deutschlands leider nicht!

Was den Bürgern in den letzten Jahren an Kuriositäten – mal

gelinde ausgedrückt – zugemutet wurde, geht auf keine Kuhhaut. Die Bundesregierung scheint größtenteils von einem Realitätsverlust betroffen zu sein, sie lebt in einer ganz eigenen Welt und versteht anscheinend überwiegend das Gegenteil von dem, was der Bürger sagt und wünscht.

Dazu werden Bedeutungen von Worten, Handlungen, Recht und Gesetz gerne mal ins Gegenteil verkehrt – auch wenn es nicht vom Grundgesetz gedeckt ist. Denn welcher Bürger weiß das schon so genau und hat noch den Mut und das nötige Kleingeld, um dagegen vorzugehen?

Die freie Meinungsäußerung ist ein Schreckgespenst, das die Regierenden offensichtlich bis in ihre Träume verfolgt, wie sonst könnte man ein strafrechtliches Vorgehen gegen frei geäußerte Meinungen bis hin zu Smiley's unter Beiträgen in öffentlichen Medien verstehen?

Besonders bedroht fühlt sich diese Blase scheinbar von den „älteren Menschen“ – der „Generation 50+“, wie vor ein paar Tagen bei ntv zu lesen war. Diese

Menschen würden verstärkt Verschwörungstheorien zuneigen, rechtes Gedankengut (was auch immer man darunter versteht!) teilen und Desinformation weitergeben. Ich konnte den Artikel vor Lachen kaum zu Ende lesen...

Dort wurde empfohlen, diese Menschen besser „zu schulen, wie man Fakes erkennt, manipulierte Fotos etc.“.

Offenbar hat sich nie jemand gefragt, warum diese Generation so „gefährlich“ ist – eben weil sie keinen Tunnelblick hat! Sie ist aufgewachsen in einem wenig manipulierten Land, hatte Bezug zum einfachen Leben, hat gelernt, selbst Hand anzulegen, nicht alles von anderen zu erwarten.

Diese Menschen haben in der Schule noch Grundlagen gelernt, um sich eine eigene Meinung zu bilden, es war erwünscht, dass man erwachsen wurde und sein eigenes Leben führte, sich um andere kümmerte, soweit notwendig, und den Staat nicht belastete. Die Menschen waren selbständig und gewohnt, die Dinge weitestgehend selbst und miteinander zu erledigen. Es war peinlich, wenn man

zum Arbeitsamt gehen mußte, man fühlte sich schlecht, wenn man kein eigenes Einkommen erzeugen konnte. Wenn jemand unabhängig von Staat und Eltern war, fühlte er sich gut, konnte einen eigenen Haushalt für seine Familie aufbauen und sein Leben weitgehend selbstbestimmt führen.

Tunnelblick hilft nicht weiter, weder in der Regierung, noch im eigenen Leben. Das haben vor vielen Jahren auch die ersten Christen bemerkt, als sie drei Tage nach der Kreuzigung Jesu vor dem leeren Grab standen. Sie hatten an ihn geglaubt, solange er bei ihnen war, hatten geglaubt, dass er Gottes Sohn war und die Welt retten würde, zum Beispiel von der römischen Besatzung.

Nun aber, nach seinem Tod, war eine große Leere entstanden, sie trafen sich zwar weiterhin, wussten aber nicht, was sie tun sollten. Sie hatten die Ankündigungen Jesu zu seinem Tod und seiner Auferstehung nicht verstehen können, klar, so etwas war noch nie vorgekommen. Auch die Erweckung des gestorbenen

Mädchens durch ihn (Matthäus 9, 18-26) und die Auferstehung des Lazarus (Johannes 11, 1-45) hatten ihren Blick nicht auf das zu erwartende Wunder richten können, ihr Tunnelblick ließ es nicht zu, sie hatten andere Erwartungen an den Retter der Welt. Erst nachdem ein Engel mit zwei von den Frauen, die Jesus folgten, gesprochen hatte (Markus 16, 1-8) und Jesus selbst in ihre Versammlung gekommen war und sich sogar anfassen ließ (Johannes 20, 24-31), gingen ihnen die Augen auf, die Wahrnehmung wurde offener, die Realität eine ganz andere, neue, wunderbare. So wünsche ich es auch Ihnen, auch mir und auch unserer Regierung, und das nicht nur zu Ostern!

Schalten wir den Tunnelblick aus, lassen wir uns auf Gottes Größe ein und seien wir offen für sein Wirken ins uns und um uns, auch wenn es anders aussieht als wir es erwartet haben! Gott segne Sie!

„Denn dazu ist Christus auch gestorben und auferstanden und wieder lebendig geworden, dass er über Tote und Lebendige HERR sei.“ (Römer 14,9)



Sie können die nächsten 4 Ausgaben der Bergischen Freiheit für 20 € automatisch per Post beziehen.

Sie können uns und unsere Arbeit aber auch durch Schaltung von Werbung oder anderweitig unterstützen.

Für weitere Informationen senden Sie Ihre Anfrage bitte an

redaktion@bergische-freiheit.de

Auch freuen wir uns über Ihren Leserbrief an obige Adresse.

Die deutschen „politischen Trottel“

VON LÄTITIA CAPUCCI



Bild © WikimediaImages auf Pixabay

Eine Analytik des Gutmenschen überhaupt zutreffend? Wenn ja, woran kann man ihn festmachen?

Schon der in Düsseldorf geborene Denker und Schriftsteller Heinrich Heine (13.12.1797-17.02.1856) hat mit seiner unvergleichlichen Sprachpräzision das Wesen der Deutschen zu charakterisieren versucht, und man ist vor dem Hintergrund dessen, was sich hierzulande täglich politisch und gesellschaftlich ereignet, geneigt, ihm zuzustimmen, wenn er feststellt: „Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht, ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muss die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts.“

Was macht man mit einem solchen Befund? Ist dieser Befund

Diesbezüglich gibt es derzeit leider und schon lange Zeit viele Auswüchse in der Politik und in unserer Gesellschaft. Das fällt sogar den Amerikanern (Elon Musk), den Kanadiern (Dr. Jordan Patersen, Psychologe), den Österreichern (Herbert Kickl, Politiker und wahrscheinlich nächster Kanzler) und Schweizern (Roger Köppel, Journalist), aber auch den Deutschen selbst (Peter Hahne, Theologe, und Dr. Rudolf Brandner, Philosoph) auf.

Versuchen wir zunächst einmal eine Definition. Der Gutmensch ist deshalb Gutmensch, weil er in dem Gefühl von etwas Heilvollem verharret, ja stecken bleibt (er ist der Fleisch gewordene Kämpfer gegen alles Faschistoide), da er, ganz auf der Gefühlsebene schwebend, nicht in der Lage ist, durch die Vernunft zu erkennen,

dass es nicht nur Gutes, sondern auch Negatives gibt.

Er kann diesen Gegensatz nicht verarbeiten. Er gefällt sich darin, liberal und tolerant zu sein. Er steigert sich in einen regelrechten „Moralfanatismus des ‚politisch Korrekten‘“ hinein, anerkennt nur diese Haltung und negiert jeden Andersdenkenden, das ist dann der „Bösmensch“ oder der Nazi, als dessen ultimative Steigerung. Der Gutmensch ist somit selbst nicht in der Lage zu erkennen, dass er sich dabei in aller Dialektik der faschistoiden Werkzeuge bedient, die er so dringlich bekämpfen will.

Wie konnte es dazu kommen?

Dr. Brandner, der Philosoph, verweist dabei so wortgewaltig wie genial auf vier Gründe, wie es in der Geschichte von uns Deutschen dazu kam:

1. Faschismus und Sozialismus als Ideologien haben zum Religionsverlust beigetragen (der Antichrist), die Menschen sind nun vielfach orientierungslos, streben aber nach einem neuen „Heilsprojekt kollektiven Menschseins“. Die Diktaturen, die wir hatten, haben versagt, zurück bleibt bei vielen Menschen eine „traumatische Schuld“.

Nach dem Fall der Mauer haben sich die früheren Gegensätze aufgelöst, zurückgeblieben ist aber eine Orientierungslosigkeit (übrigens auch in der Ex-Sowjetunion mit verheerenden gesellschaftlichen Auswirkungen, die Putin wieder einfangen konnte, was eine riesige Leistung und Verantwortung seinem Volk von 150 Millionen Menschen gegenüber ist), die sich nun „als

neoliberale Befreiung von allen Grenzen und Maßen“ etabliert. Der schale Geschmack der Schuld muss gesühnt werden, wobei die Ablenkungen durch ökonomische Glücksversprechen wirkungslos waren. Und die Religion ist nicht da bzw. die Kirche als Organisation (nicht der christliche Glaube) versagt auf ganzer Linie.

2. Der Nazikomplex, also alles Böse, wird als „rechts“ verortet und alles „Linke“ findet nun „Asyl im Schutzraum christlicher Mitleidskultur und Gerechtigkeitsethik“. Weiter heißt es sehr zutreffend: „Wenn ‚Links‘ nicht mit Gulag, stalinistischen Schauprozessen und Exekutionskommandos, ‚Rechts‘ aber mit KZ und Judenvernichtung assoziiert wird, dann ist das eine psychologische Meisterleistung der Verschiebung (Hervorhebung von der Autorin), die an die Stelle ihrer Gleichwertigkeit ein moralisches Wertungsgefälle durchsetzt, das einen rein religionsideologischen Hintergrund hat: die christliche Sozialethik, die als sakrosankte Inkarnation des Guten ihr mildes Licht auf ‚die Linke‘ ausstrahlt.“ Die Kanzler-Kandidatin der AfD, Frau Dr. Alice Weidel, hat im Januar bei Maischberger sehr treffend ihre Kontrahentin, Frau Sarah Wagenknecht, darauf hingewiesen, dass die Nazis Sozialisten (also links) waren (das hat sie auch gegenüber Elon Musk richtiggestellt) und dass die Millionen von Opfern durch den Leninismus und Stalinismus durch die linke Ideologie verschuldet worden waren.

3. Die katholische Bewegung vereint sich mit der sozialistischen Internationalen, um fortan am Endziel der „Befreiung des Menschen“ zu arbeiten.

Dabei werden die natürlichen Grenzen der Völker aufgehoben, um in einem „antinationalen“ wie auch immer Gebilde zu verschmelzen. Der Sozialismus wollte einen neuen Menschen und der Nationalsozialismus hat auch an dem neuen Menschen gearbeitet. Dieser Gedanke wurde nach dem Scheitern dieser Ideologien nicht etwa aufgegeben. Nein, jetzt arbeitet man an der Aufhebung aller „Ausgrenzungen“, an der „totalen Inklusion“ indem die Unterscheidungslosigkeit aller und von allem angestrebt wird.

4. Um diese Ziele weltweit durchzuprügeln, werden die Regierungen zur Unterschrift der Charta der Menschenrechte oder des Migrationspaktes (Pakt ist per se etwas Böses, das wissen wir von Goethes „Faust“) genötigt. Das Unterscheiden wird geächtet.

Das Vehikel ist die „politische Korrektheit“. Deshalb ist es ja so wichtig, dass Menschen wie Dr. Alice Weidel, die Dinge beim Namen nennen, will sagen, die Dinge als das benennen, was sie sind, und zwar klar und deutlich. Das ist der Kanzlerin vornehmliche Aufgabe, das kann der Beginn unserer Heilung von dem uns aufgedrängten Schuld-Kult sein (den Menschenrechten sollte auch ein Katalog der Menschenpflichten beigelegt werden, quasi als universeller Verhaltenskanon zwischen den Nationen, damit Klarheit herrscht. Niemand kann machen, was er will, nirgendwo, was Vergewaltigungen und Messermorde selbstverständlich einschließt).

Wie schaffen wir es, aus diesem Schlamassel wieder herauszukommen? Durch MUT.

Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben:

E-Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden, direkt einen Beitrag zur Verfügung stellen können oder ob Sie uns bei der Verteilung bzw. in der Administration unterstützen wollen,

würden wir uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion



Spenden Sie über unsere
Webseite: www.i-f-ge.de



Impressum Bergische Freiheit:

Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln
vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: info@i-f-ge.de - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Spendenkonto: I-f-GE, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE87 3705 0299 0320 5556 20, Verwendungszweck: Spende, Ihr Name, Ihre Adresse (für Spendenbescheinigung)

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: redaktion@bergische-freiheit.de

Schröpfen – Gesundheit selbst gemacht

VON NATHALIE WAGNER

Wie man durch Schröpfmassage mehr Wohlbefinden und Gesundheit erlangen kann



Vielleicht ist Ihnen die Technik und Verwendung von Schröpfgläsern, die man heutzutage leicht im Internet bestellen kann, aus der Naturheilkunde oder noch von der Großmutter her bekannt. Wenn nicht, können Sie unter lifeline.de Therapien die Anleitung zur Eigenanwendung von Eva Schiwarth, Medizinatorin, einsehen und sich erkundigen, wie es funktioniert und für wen es geeignet ist.

Das Prinzip ist folgendes: Durch das Aufsetzen von Schröpfgläsern auf der Haut können Sie einen Unterdruck erzeugen, der wiederum krankmachende Stoffe aus dem Körper durch besseren Fluss der Körperflüssigkeiten entfernen soll.

Es gibt drei Verfahren des Schröpfens: Das trockene

Schröpfen, das blutige Schröpfen und die Schröpfkopfmassage.

Durch diese Formen der Bindegewebsmassage wird die Durchblutung des Gewebes angeregt und der Lymphstrom aktiviert. Das Verfahren hat eine positive Wirkung auf die inneren Organe durch die neurophysiologischen und reflektorischen Verbindungen.

Auf diese Weise können der Heilpraktiker oder sie selbst Abhilfe schaffen bei Durchblutungsstörungen, Hexenschuss, Kopfschmerzen etc.

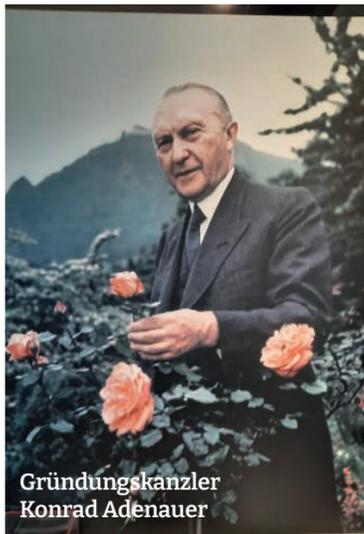
In der o.g. Übersicht finden Sie eine Liste der Anwendungsgebiete und für wen das Schröpfen (nicht) geeignet ist.

Freizeit

Das Adenauer-Haus in Rhöndorf

VON LÄTITIA CAPUCCI

Ein Besuch der sich lohnt und von guten alten Zeiten träumen lässt



Gründungskanzler
Konrad Adenauer

Foto © I-f-GE

Ein Besuch in der überparteilichen Stiftung Konrad-Adenauer Haus in Rhöndorf (Bad Honnef) lohnt sich immer, besonders, wenn man sich über die Persönlichkeit und die Politik von Dr. Konrad Adenauer (1876-1967)

informieren, und nicht nur eine Biographie lesen möchte.

Der Besucher kann in der politischen Dauerausstellung zunächst Informationen über Objekte, Filme, Fotos und Medienstationen zur Person und seinem politischen Wirken als Kölner Oberbürgermeister, in der Weimarer Republik, als Verfolgter unter den Nationalsozialisten und später als erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland in der Bonner Republik studieren und sammeln.

In einer anschließenden Führung durch sein Privathaus, in dem alles so belassen wurde, wie es zu seinen Lebzeiten gestaltet war, bekommt der Besucher auch einen Eindruck von dem Privatmann und Menschen Konrad Adenauer. Der Vortrag gibt ebenso einen guten Überblick über die Dinge, die Adenauer mochte - oder auch nicht.

Aber überzeugen Sie sich selbst, es lohnt sich, denn die Einsichten

sowohl aus der Dauerausstellung als auch aus dem Wohnhaus werden aus einer gelungenen Sphäre von diplomatisch-kompetenter Arbeitshaltung unseres ersten Kanzlers und ernsthafte-heren Privatatmosphäre des Bürgers Konrad Adenauer gespeist.



Foto © I-f-GE

Den älteren Besuchern weht womöglich ein Hauch von Wehmut an: Fleiß, Ordnung und eine wohlwollende Politik für das deutsche Volk gehen von diesem Ort immer noch aus. Der Eintritt ist kostenlos, auch die Führung (bitte vorbestellen). Die Kaffeeariationen aus dem Automaten sind sehr schmackhaft und kosten je einen Euro, Café-Tische laden zum Verweilen ein.

(Noch ein Tipp: In Rhöndorf gibt auch das Weingut Broel, wo man Wein vom nahegelegenen Drachenfelshang (Riesling Thrachyt) probieren und kaufen kann.)

**Stiftung
Bundeskanzler-Adenauer-Haus**

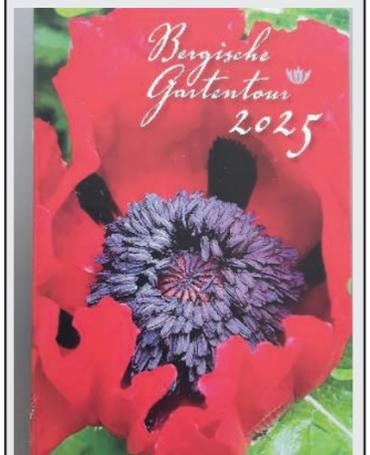
**Konrad-Adenauer-Straße 8c
53604 Bad Honnef**

Tel. 02224 / 921-234

besucherdienst@adenauerhaus.de
www.adenauerhaus.de

Bergische Gartentour

2025



Auch in diesem Jahr können Sie sich im Juni und September wieder den Blütenträumen in den Gärten des Bergischen Landes und des Rhein-Sieg-Kreises hingeben.

An den Sonntagen des 01., 08., 15., 22., 29. Juni und des 14.09.2025, jeweils von 11-18 Uhr, finden Sie Anregungen für den eignen Garten oder Sie sind einfach von der Schönheit der Natur beeindruckt. Unter bergische-gartentour.de finden Sie alle Informationen.

Besuchen Sie uns auch auf Instagram oder Tiktok!



Instagram



TikTok



Die Auflösung des Kreuzworträtsels von Seite 12:

G I E I S G E W M U E R H E K

08 | Wirtschaft

Grundbesitzabgabenbescheid 2025

Kritik und Ansatz zur Widerspruchsbeurteilung Hebesatz

VON THOMAS PLEHN

Nun sind sie da, die Grundbesitzabgabenbescheide oder die Grundsteuerbescheide oder Grundbescheide mit anderen schönen Namensergänzungen der jeweiligen Gemeinde für das steuerliche Veranlagungsjahr 2025. Jetzt wird's ernst, egal ob zum Messbetrag das offene Einspruchsverfahren bei Finanzamt weiter unerledigt vor sich her dümpelt (Verfahrens- und Prozessverschleppung - Rechtsbeugung?).

Die Belastung für die meisten Grund- und Wohneigentümer gemäß ihrer Veranlagung zur Grundsteuer B wird jetzt spürbar höher ausfallen. Mir ist keine Gemeinde bekannt, in der die Grundsteuer im Endergebnis um weniger als 10% erhöht wird (Belastbare Statistiken für 2025 liegen mir noch nicht vor). In der Regel darf der Grundsteuerzahler mit einer Erhöhung von 200 bis 300% rechnen.

Hier zum Beispiel aus einer mittelgroßen Stadt mit ca. 250.000 Einwohnern in NRW:
- Erhöhung des Messbetrages um 180,6%
- Erhöhung des Hebesatzes um 27,7%
- Erhöhung des Grundsteuerbescheides B um 258,4% (gesamt)

Der obige Messbetrag der Hauptfeststellung Ihres Finanzamtes wird mit dem Hebesatz Ihrer Gemeinde multipliziert und ergibt den steuerlichen Abgabebetrag in € gemäß Ihres jeweiligen Grundsteuerbescheides der Gemeinde für das laufende Veranlagungsjahr 2025. Diese Teuerung lässt sich nicht durch eine übliche Preissteigerung erklären. Eine von den Politikern verbreitete Aufkom-

mensneutralität bei Wohnimmobilien (Grundsteuer B) kann so offensichtlich keine Rede sein. Die Grundsteuer unterliegt auch damit in ihrer neuen Ausgestaltung nicht dem Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Somit stellt sich hier die Frage: „Auf welcher Grundlage bestimmen die Gemeinden den Hebesatz für die Grundsteuer B?“ und erhalte die erste Aussage, dass die Gemeinde bestimmt, mit welchem Hundertsatz des Steuermessbetrags oder des Zerlegungsanteils die Grundsteuer zu erheben ist (Hebesatz gemäß §25 Abs.1 GrStG). Wie bzw. an welchen realen Faktoren die Gemeinden sich orientieren, um den Hebesatz zu „bestimmen“, liefert das Grundsteuergesetz selber keinen konkreten Ansatz.

Bei der Befragung von befreundeten Abgeordneten eines Kreistages bzw. eines kommunalen Gemeinderates erhalte ich nur die Antwort, dass der Hebesatz eine politische Beschluss-sache der Kommunen ist. Über das reale Prozedere und deren qualifizierte und dokumentierte Basis der Entscheidung erhalte ich bisher keine klare Information.

Die Rückfragen bei "Das Haus" (BURDA-Verlag), bei Haus & Grund e.V. und beim "Bund der Steuerzahler" fallen fast ebenso mager aus. Auch der Ratschlag eines Fachanwalts für Steuerfragen ergab keine Klarheit wie der Hebesatz generell abgeleitet bzw. berechnet wird. Eine generelle Ermittlungs- bzw. Berechnungsregel scheint zu-

nächst nicht zu geben.

Meine konkrete und auch provozierende Frage - "Ob die politische Beschlusslage zum Hebesatz nach Guts-Herrenart willkürlich erfolgt?" - wird grundsätzlich mit einem "JA" bestätigt und wird im gleichen Atemzug die Rechtmäßigkeit durch diese rein politische Entscheidung des Gemeinderates legitimiert, auch wenn die jeweilige Gemeinde einen eigenen, gemeindespezifischen Bewertungsschlüssel haben sollte (gemeinde-interne Hilfsmittel).

Dieses führt meines Erachtens zu einer willkürlichen Entscheidung auf der Basis eines temporär geraden, aktuell vorhandenen Mehrheitsverhältnisses in einer Kommune. Eine gerechte, gleiche Behandlung der Steuerzahler in einem Veranlagungsjahr im Vergleich auch zu anderen Kommunen unter Beachtung gemeindespezifischer Unterschiede ist eher Zufall.

Die Verfassungswidrigkeit des Hebesatzes beruht meines Erachtens in dem Fehlen eines einheitlichen Bewertungsgesetzes im Sinne einer Abgabenordnung (AO) mit transparenten, realen Faktoren einer z.B. anstrebenswerten, kommunalen Infrastruktur. Ohne ein solches, einheitliches Bewertungsgesetz zur "Berechnung" des Hebesatzes der Grundsteuer B wird das Gleichbehandlungsprinzip verletzt, das im allgemeinen die Grundlage unserer staatlichen Finanzordnung sein sollte. Dieses sollte auch für die kommunalen Steuern gelten. Kommunale Unterschiede eines individualisierten Hebesatzes müssen sich auf Faktoren eines Bewertungsgesetzes berufen.

Damit wird die Grundsteuer als verfassungsmäßige, kommunale Angelegenheit einer (1) Gemeinde in keiner Weise geschmälert (Art.28 Abs.2 Satz 3 GG).

Konkret bedeutet die aktuelle, politische Praxis, dass ein (1) Entscheidungsträger (Organ der Gemeindevertreter), der zunächst durch ein momentanes Mehrheitsverhältnis in einer Kommune legitimiert wird, die Verfügungsgewalt einerseits über Mittelherkunft via Hebesatz (Steuereinnahmen) und andererseits über Mittel- bzw. Budgetverwendung (Steuerausgaben) ausübt - auch wenn diese Budgetverwendung über die Laufzeit der momentanen Mehrheitsverhältnisse hinaus Verpflichtungen für die Kommune begründen und damit die Legitimation verlieren kann.

Dieser Interessenskonflikt ist eine Lizenz zur politisch begründeten Selbstbedienung bei den Steuerzahlern, um politische "Wünsche" sich zu erfüllen, und führt zu den sichtbaren Fehlentscheidungen der Geldverschwendung in den Kommunen, die alljährlich der "Bund der Steuerzahler" und andere (z.B. Bundesrechnungshof etc.) anschließend nur noch ergebnis- und wirkungslos protokollieren können.

So verwundert es nicht, dass in NRW von 427 Kommunen nur 13 einen ausgeglichenen Haushalts- etat vorweisen konnten, und zeigt die Dysfunktionalität der aktuell, rein politischen Entscheidungsfreiheit über Steuereinnahmen und Steuerausgaben in einer Hand. Dabei müssen auch kommunale Politiker mit den so anvertrauten Steuergeldern sorgsam und

sparsam umgehen, um einen ausgeglichenen Haushaltsetat zu erreichen.

Sollten größere Projekte über mehrere Legislaturperioden eine gesetzlich vertretbare Fremdfinanzierung benötigen, müsste über eine bankübliche Gemeindegeldleihe z.B. mit einer 2/3-Mehrheit des Gemeinderates beschlossen werden und mit einem entsprechenden Schuldendienst (Tilgungs- und Zinsdienstes) in den zukünftigen Haushalt der Gemeinde durch die Grundsteuer ausgewiesen und bedient werden.

Diese Belastung zukünftiger Gemeindeetats schränken die Handlungsfähigkeit eines Gemeinderates mit anderen Mehrheitsverhältnisse ein.

Schwierig wird das Bemühen der Kommunen um einen ausgeglichenen Haushalt, wenn Leistungen, die durch die Bundesebene veranlasst werden und im Rahmen einer „Mischfinanzierung“ (seid 1969) an die Länder weiter geleitet werden, und so von heute auf morgen durch deren Bezahlung die kommunalen Kassen geplündert werden.

Hier würde ein solcher Leistungskatalog im Sinne der Abgabenordnung (AO) - was eine gute Gemeinde den Bürgern anbietet, anbieten sollte bzw. könnte - eine klare Ansage gegenüber dem Bund sein, über das was die eigentlichen Aufgaben der einzelnen, verschiedenen Kommunen souverän (Art.28 Abs.2 Satz 3 GG), gesetzlich und finanziell möglich ist (Grenzen der kommunalen Leistungsverpflichtung bzw. -fähigkeit).

„SCHOCKSCHWERENOT!“

VON THOMAS PLEHN

Meine Bank kündigt mir mein Konto.

In jüngster Vergangenheit wird es Mode, dass Deine Bank ohne Benennung eines Grundes und ohne Frist dein Konto kündigt. Das dürfen die Banken.

Während sich unser Rechtsstaat um den Verbraucherschutz sehr bemüht, insbesondere bei unausgewogenen Vertragsverhältnissen, d.h. dass der eine Teil aufgrund seiner Marktposition dem andern Teil die Vertragskonditionen einfach diktieren kann, ist sehr lobenswert.

Dieses Bemühen lässt offensichtlich bei dem Verhältnis der Bank zum Bankkunden erheblich nach, auch wenn die Praxis zeigt, dass die Banken ihre AGBs regelmäßig an staatliche Vorgaben anpassen müssen, die aber letztlich der Bankkunde einfach nur schlucken muss, wenn er nicht

sein Konto bei der Bank kündigen will.

Dem Grundsatz der freien, autonomen Gestaltung der Vertragsbeziehung unter gleichberechtigten Vertragspartnern entspricht dieses nicht.

Grundlage dieser Kontokündigung ist ein höchst richterlicher Beschluss des BGHs vom 15.01.2013 (Aktenzeichen XI ZR 22/12). Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in seinem Urteil entschieden, dass die Banken, insbesondere die "Privatbanken", grundsätzlich berechtigt sind, Girokonten ohne Angaben von Gründen zu kündigen.

Eine unzulässige Diskriminierung durch eine Weltanschauung oder aktuell sehr beliebt durch eine "Handlung unterhalb der Strafbarkeitsgrenze" sieht der BGH natürlich nicht.

Dass im Zuge einer strafbaren Handlung eine Kontokündigung

gut begründet und rechens ist, steht außer Frage. Aber eine grundlose Kündigung im Rahmen eines hohen Abhängigkeitsverhältnisses, ohne dass damit eine juristische Überprüfung möglich ist, entspricht nicht unserer rechtsstaatlichen Grundordnung.

Zum Beispiel ist im Arbeitsrecht die Benennung eines Kündigungsgrundes obligatorisch, um eine unberechtigte Kündigung eines Arbeitsverhältnisses gerichtlich prüfen zu können.

Jedes Angebot auf dem öffentlich zugänglichen Markt, ob jetzt Girokonto, Kneipenbesuch, Arbeitsmarkt, Kaufhaus etc. sollte für jeden ohne Diskriminierung ermöglicht werden.

Eine Nennung eines gegebenenfalls erforderlichen Absagegrundes gebietet allein schon die Höflichkeit. Inwieweit der BGH

sich irgendwann solcher Gepflogenheiten annimmt, wäre zu wünschen, um sich so von einer systemischen, latenten Diskriminierung zu distanzieren.

Jedoch gibt es in dieser Angelegenheit eine Ausnahme. Im Urteil des BGH vom 11.03.2003 (Aktenzeichen XI ZR 403/01) gelten für die "öffentlichen" Sparkassen aufgrund ihrer besonderen rechtlichen Stellung andere Vorgaben.

Sparkassen sind als Anstalten des öffentlichen Rechts im Bereich staatlicher Daseinsvorsorge unmittelbar an die Grundrechte (Art. 1-19 GG) gebunden.

Die ohne sachgerechten Grund erklärte Kündigung eines Girovertrages durch eine Sparkasse (gemäß Nr. 26 Abs. 1 AGB Sparkassen) verstößt gegen das in Art. 3 Abs. 1 GG zum Ausdruck kommende Willkür-

verbot und ist gemäß § 134 BGB nichtig.

Eine Sparkasse kann ihren Girovertrag mit einer Partei durch eine "Handlung unterhalb der Strafbarkeitsgrenze" nicht begründen und kündigen, solange der jeweilige Tatbestand durch ein Gerichtsurteil nicht festgestellt wurde.

Ähnliches kann man auch auf die Postbank übertragen, da auch die Postbank mit der Auszahlung der staatlichen Rente an der staatlichen Daseinsvorsorge unmittelbar beteiligt ist. Dieses ist jedoch gerichtlich noch nicht bestätigt worden.

Dennoch muss es ein allgemeines Recht auf ein Girokonto inklusive Mindeststandards für dessen Kündigung geben, damit die allgemeine Teilhabe am modernen, digitalisierten Wirtschaftskreislauf ohne Diskriminierung für alle möglich ist.

Warum machen die das?

VON ELLEN WEIß

Buchauszug aus "Energie, jetzt aber richtig" von Manfred Haferburg, Achgut Edition 2024 ISBN: 978-3-9825848-2-9

Man fragt sich unwillkürlich: „Warum machen die Regierungsparteien das?“

Die Antwort ist womöglich sehr simpel: Weil sie nicht mehr zurückkönnen. Wenn sie die Macht noch eine Weile haben wollen, dürfen sie nicht zugeben, dass die irreversiblen Prozesse, welche sie eingeleitet haben, alle falsch waren. Jeder Tag an den Fleischtrögen der Macht zählt, weil sie ahnen, dass es womöglich bald vorbei ist mit ihrer Brandmauer. Weil sie ahnen, dass es bei den nächsten Wahlen nur noch um die Rettung der angesammelten Pfründe geht. Weil sie die Macht haben, zerstören sie mit der Energiewende mutwillig das energetische Rückgrat des Landes, indem sie inmitten einer Energiekrise sicher funktionierende Kernkraftwerke und nagelneue Kohlekraftwerke stilllegen und zerstören.

Diese sollen durch die Technologien des Mittelalters,

nämlich Wind und Sonne, ersetzt werden, was aber nicht funktionieren kann. Es stört sie nicht, dass die Bürger die höchsten Strompreise der Welt bezahlen müssen und dass eine sichere und zuverlässige Stromversorgung gefährdet wird. Weil sie die Macht haben, verteuern sie mit der Energiewende erst den Strom für die Industrie mit unsinnigen Technologievorgaben und einer Unzahl von Steuern und Abgaben auf jede Form von Energie immer mehr.

Wenn dann die Industrie auf dem Weltmarkt nicht überleben kann, dann subventionieren sie den selbst in die Höhe getriebenen Industriestrompreis auf Steuerzahlerkosten mit Milliarden. Geld wird von unten nach oben verteilt.

Weil sie die Macht haben, ruinieren sie mit der Verkehrswende und ihren ideologischen, unsinnigen, technologischen Vorgaben und Verboten die Autoindustrie, die in Deutschland traditionsgemäß für Millionen Arbeitsplätze sorgte. Ihre Auto-Politik lautet: verunglimpfen, verteuern und verbieten. Es gibt in Deutsch-

land 48 Millionen PKWs, fast vier Millionen LKWs, hunderttausende Bau- und Landwirtschaftsfahrzeuge. Das alles soll innerhalb weniger Jahre auf Strom umgestellt werden, von dem keiner weiß, wo er herkommen soll. Dabei hoffen sie auf die Erfindung einer Wunderbatterie – hosianna.

Weil sie die Macht haben, plündern sie die Bürger mit immer höheren Steuern und Sozialabgaben, mit immer noch mehr verdeckten Abgaben bis aufs Hemd aus. Mehr als die Hälfte ihrer Einkünfte pressen sie den Bürgern ab. Selbst auf den verbliebenen Rest erheben sie weitere Steuern. Sogar die Atemluft soll besteuert werden. Dabei schränken sie die staatlichen Pflichtleistungen, wie Sicherheit, funktionierende Verwaltung und Verteidigung immer weiter ein. Währenddessen zerbröseln die Infrastruktur, und das Land ist nicht mehr verteidigungsfähig.

Weil sie die Macht haben, verteilen sie das hart erarbeitete Geld der Steuerzahler freigiebig in aller Welt, bedenken selbst die ärgsten Feinde der Menschenrechte, die Taliban und die

Hamas, mit Millionen, schicken Milliardenüberweisungen an die Mondlandation Indien, zahlen dem ärgsten Konkurrenten der deutschen Industrie, dem menschenverachtenden chinesischen Regime, hunderte Millionen Steuereuro und befeuern die Korruption in Afrika und Südamerika mit Millionen Euro an Entwicklungshilfe. Weil sie die Macht haben, regieren sie mit der Ernährungs-Regime bis auf den Teller in der Kantine oder Küche, wo sie Fleisch verbieten und schon die Kinder zum Veganismus nötigen. Schwer übergewichtige Politikermaßen sich an, den Bürgern unerbetene Ratschläge in gesunder Ernährung zu machen.

Warum machen die das?

Per Gesetz darf sich zwar jeder Deutsche einmal im Jahr ein anderes Geschlecht auswählen, darf sich aber nicht aussuchen, wie er seine Wohnung heizt, was auf seinen Teller kommt und welches Antriebssystem sein Auto nutzt.

Weil sie die Macht haben, legen sie fest, was gesagt oder gedacht werden darf. Sie denunzieren je-

den, der einen eigenen Gedanken hat, vernichten seine Existenz und richten Denunziationsportale zum "Melden" von Abweichlern ein. Sie rufen, wann immer es ihnen passt, eine Pandemie oder andere drohende Katastrophen aus und schränken im Namen des Gesundheitsschutzes oder Klimaschutzes die verfassungsmäßige Freiheit der Bürger ein. Weil sie die Macht haben, instrumentalisieren sie die Justiz, indem sie Schlüsselpositionen mit ihren Parteigängern besetzen, die dann fragwürdige Justizurteile über Ungehorsame fällen. Das Prinzip stammt von Mao Tse-Tung: „Bestrafe einen und erziehe hunderte.“

Solange die Brandmauer steht, brauchen sie sich weder an die Gesetze zu halten noch an die Wahrheit, noch brauchen sie sich an ihre Wahlversprechen gebunden zu fühlen. Sie machen demokratische Wahlen rückgängig, enteignen Vermögen und Industrie nach Belieben, ignorieren Verträge, wie es Ihnen passt. Spätere Gerichtsurteile zu diesem Fehlverhalten bleiben wirkungslos, Rücktritte bleiben auch in krassen Fällen aus - Verantwortung wird nicht übernommen.

Die grüne Blase ist geplatzt

VON GEORG KLEIN

Während in Deutschland eingefleischte grüne Kreise immer noch von der Transformation der Industrie und der Gesellschaft träumen, hat sich die Welt ziemlich plötzlich davon abgewendet. Wie bei jedem sozialistischen Projekt ist es dann zu Ende, wenn das Geld der Steuerzahler zu Ende ist. Immer wieder wurde von der Regierung gepredigt, dass die Transformation „unumkehrbar“ ist und gemacht wird, so scheint es nun, als wäre das Ende unumkehrbar.

Es war nur logisch, dass ein Wechsel der Regierung in den

USA einen radikalen Wechsel der „woken“ Kultur einläuten wird. Dass die vermeintlichen Antreiber der grünen Politik, die Tech-Konzerne, Banken und Vermögensverwalter so blitzschnell ihre Strategie umstellen würden, hat jedoch niemand erwartet. Obwohl es schon frühe Anzeichen gab, nämlich als die Versicherungskonzerne ihre Selbstverpflichtung zur einseitigen Förderung grüner Projekte aufgaben. Dies geschah nicht durch eine Änderung der Überzeugung, sondern schlicht wegen der Gefahr, auf Grund der offensichtlichen Absprachen ins

Visier der Wettbewerbsbehörden zu geraten. Auch die Vermögensverwalter fürchten Klagen der Kunden, wenn die Gelder der Kunden nicht mit dem Ziel der Gewinnmaximierung, sondern nach ideologischen Gesichtspunkten angelegt werden. Dazu kommt noch, dass mittlerweile klar geworden ist, dass die Investitionen in grüne Projekte keine Renditen bringen.

Der Hype ist vorbei, Wasserstoff-Projekte floppen weltweit, auch wenn die deutsche Regierung und die EU noch so viel Propaganda machen und Milliarden an Subventionen

versprechen, die sie nicht mehr haben. Der „grüne Stahl“, bis vor Kurzem noch ein überlebenswichtiges Projekt, ist gestorben, bevor noch ein einziges Kilo davon verkauft worden ist. Der Absatz von Windrädern und Solarpaneelen geht einer Sättigung entgegen, Biogasanlagen sind nach 20 Jahren der üppigen Subventionen noch genauso unrentabel wie bei deren Errichtung und, weil man nach 20 Jahren Subvention niemandem klar machen kann, dass eine „Anschubfinanzierung“ die Marktfähigkeit bringt, werden tausende Biogasanlagen in den

nächsten Jahren verschrottet werden.

Die Energiewende ist gescheitert, Deutschland produziert im Winter massenhaft Kohlestrom, mit dem die Elektro-Autos fahren, und importiert Atomstrom, nachdem man die eigenen Kraftwerke einer ideologischen Clique geopfert hat. Langsam wird nun auch den deutschen Wählern klar, dass sie einer Täuschung aufgesessen sind, nur die Unbelehrbaren wählen noch die grüne Partei, die in anderen Ländern schon zur Geschichte gehört.

Fortsetzung von Seite 1 "Unsere Demokratie" aus Sicht des US-Vizepräsidenten Vance

Man sei inzwischen an einem Punkt angekommen, wo Präsidentschaftswahlen mit fadenscheinigen Begründungen, ein Geheimdienst hätte Verdachtsmomente geäußert, annulliert würden. Angeblich gäbe es russische Beeinflussung. Man kann sicher der Ansicht sein, dass es falsch ist, dass jemand Sozial-Media-Anzeigen kauft um Wahlen zu beeinflussen. Wenn aber die Demokratie mit ein paar hundert Dollar in Medien zerstört werden kann, dann ist sie ohnehin nicht besonders stark.

Auch wir halten ihre Demokratie für belastbarer als befürchtet, aber wir sollten unseren Bürgern erlauben offen zu reden. Es kann nicht sein, dass Stimmen ausgeschlossen werden, egal ob sie von links oder von rechts kommen. Es darf auch nicht sein, dass Abgeordneten angeblich populistischer Parteien der Zugang zu dieser Sicherheitskonferenz versagt wird. Die gute Nachricht ist, dass ich Ihre Demokratien für deutlich belastbarer halte, als viele offenbar befürchten. Und ich

glaube wirklich, dass es sie nur stärker macht, wenn wir unseren Bürgern erlauben, offen zu reden. Damit kommen wir zurück nach hierher in München, wo die Organisatoren eben dieser Konferenz Abgeordnete angeblicher populistischer Parteien sowohl von links als auch von rechts von der Teilnahme an diesen Gesprächen ausgeschlossen haben.

Wenn sie Wähler vertreten, müssen wir mit ihnen in den Dialog treten und sie nicht mit Begriffen wie aus Sowjetzeiten wie „Fehlinformation“ und „Desinformation“ ausgrenzen.

Was soll verteidigt werden - Freiheit oder Diktatur?

Die Verteidigungsausgaben der Europäer müssen erhöht werden, das ist ihre eigene Aufgabe, um die Sicherheit ihres Kontinents zu erhöhen, während sich die USA um die gefährdeten Regionen in der übrigen Welt kümmern.

Aber bevor Budgets festgelegt werden, müssen wir zuerst wissen, was wir verteidigen

wollen - Demokratie oder Diktatur? Ist die EU überhaupt verteidigungswürdig? Dafür werden in jedem Fall eindeutige und feste Mandate gebraucht, das geht nicht aus schwachen Koalitionskonstellationen. Wer vor dem Willen der eigenen Wähler davonläuft, wird sich in seinen Entscheidungen nie sicher sein und kann auch nicht von den USA verteidigt werden. Man sollte aus der Vergangenheit gelernt haben und auf die Bürger hören!

Wir verteidigen wettbewerbsfähige Volkswirtschaften, bezahlbare Energie, sichere Lieferketten und die Demokratie an sich, aber nicht eine Demokratie, die die Opposition zensiert oder gar ins Gefängnis steckt.

Wer möchte die Massenmigration?

Was ist mit der Massenmigration? Jeder Fünfte ist inzwischen Ausländer und die schrecklichen Ergebnisse dieser Politik sehen wir. Die Kriminalität steigt und immer wieder kommt es zu Anschlägen.

Wann endlich wird hier umgesteuert?

Kein Wähler auf diesem europäischen Kontinent ist zur Wahl gegangen, um sämtliche Schleusen für Einwanderer zu öffnen – im Gegenteil. Sie stimmten für den Brexit und mehr und mehr Menschen überall in Europa wählen politische Führer, die die außer Kontrolle geratenen Politik beenden wollen. Die Menschen lassen sich nicht mehr herumschubsen und ihre Wünsche ignorieren

Auf die Bürger hören und ihren Willen umsetzen

Aufgabe der Demokratie ist es, alle diese Fragen an der Wahlurne auszuhandeln. Das Schlimmste, was man tun kann, um die Demokratie zu zerstören, ist es, Wahlen abzublasen oder das Votum der Menschen zu ignorieren, um irgendetwas zu schützen.

Die Stimme zu erheben und Meinungen zu äußern ist keine Wahlbeeinflussung, selbst wenn es durch einflussreiche Leute

außerhalb des Landes geschieht. Die USA haben 10 Jahre Greta Thunberg überlebt und Deutschland wird auch ein paar Monate „Beeinflussung“ durch Elon Musk überstehen

Was eine Demokratie aber nicht überstehen wird, ist, wenn man die Gedanken, Sorgen und Ängste von vielen Millionen Wählern als unangebracht abtut. In einer Demokratie zählt nur die Stimme des Volkes und nichts anderes. Entweder man hält daran fest oder nicht.

An die Demokratie zu glauben, heißt dass man voller Überzeugung an die Weisheit der Bürger glaubt, auf ihre Stimme hört, in diesem Sinne handelt. Dann wird das Volk hinter der Regierung stehen und die Entscheidungen mittragen.

Wie Papst Johannes Paul II., für mich ein außergewöhnlicher Verfechter der Demokratie einst sagte: „Habt keine Angst vor dem eigenen Volk, auch nicht, wenn es Ansichten vertritt, die der Führung widersprechen.“

10 | Lokales · Leserbriefe

Bergisches Land / Kürten

Die Wohnungsnot

VON NATHALIE WAGNER

Hintergründe der Wohnungsbau- politik in Stadt und Land in NRW

Am Abend des 24.01.2025 trafen sich interessierte Kürtener Bürgerinnen und Bürger im Gemein- desaal am Stockhausen-Platz, um sich über die Probleme des Woh- nungsbaus im Rheinisch-Bergis- chen Kreis und in NRW zu infor- mieren.

Sebastian Weirauch (Vorstand AfD RBK) und Carlo Clemens (AfD MDL für Bau- und Wohnpolitik NRW) informierten zum Thema, wobei die Referenten stets auch die Gründe für die Bau- und Wohnmisere erläuterten.

Herr Weirauch erklärte dabei für die Gemeindeebene, dass sich die Bauvorhaben generell seit der Corona-Zeit verteuert hätten. Die Gründe hierfür liegen neben der Inflation u.a. im Gebäudeenergie- gesetz, einem der ideologischen Projekte des Grünen Sozialismus auf dem Weg zur CO2-Neutralität. Größter Kostentreiber bei Bauvorhaben ist demnach die ideologische Preisbeeinflussung. Beispiele in Kürten sind das Splashbad und die Sanierung der Gesamtschule, wobei die Kürtner bei letzterem astronomische 94 Mio. Euro für nur 100 Quadrat- meter mehr Unterrichtsräume für höhere Schülerzahlen durch z.B. Migranten zahlen werden. Der AfD-Antrag gegen diese Ver- schwendung wurde abgelehnt.

Fazit hierzu: Die Gemeinden wollen keine Fehlersuche und - behebung durchführen.

Lösung: Die öffentliche Hand müsste in Kosten- und Leistungsgerechtigkeit denken!

Nicht viel anders sieht es auf Landesebene aus. Herr Clemens informierte darüber, dass die Anzahl der Sozialwohnungen heute unter einer Mio. liegen. Im Vergleich dazu gab es 1990 noch knapp drei Mio. Sozialwohnungen in NRW. Zum einen schrumpfen die Baugenehmigungen, zum anderen ist es so, dass nach 20- 30 Jahren eine Sozialwohnung aus dieser Kategorie genommen wird, die vormaligen Mieter aber nicht umziehen müssen.

Ein weiterer Punkt für künftige Bauherren ist, dass es durch die aktuelle Regierung nur noch eine halbherzige Eigentumsförderung gibt.

Zudem trägt die grüne ideolo- gische Klimapolitik erheblich dazu bei, z.B. das Heizungsgesetz, dass ein Bauvorhaben sehr viel teurer wird, als es noch vor eini- gen Jahren war. Diese Kostenstei- gerung, so Clemens, sei politisch forciert. Diese CO2-Politik verteu- ere das Wohnen, z.B. auch durch eine bevorstehende Rohstoffsteuer auf Sand und Kies.

Diese Regierung wolle das Wohnen im Eigentum unattraktiv machen.

Der Lösungsvorschlag der AfD:

- Die Subventionierungen und Fördergesetze einstellen, da diese die Bauvorhaben verteuern
- Wiedereinführung der Eigenheimzulage;
- Die Migration stoppen.
- Die Verantwortlichen dieser Misere müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Noch mal zur Erinnerung: Es gibt 96% CO2-Produktion weltweit, davon sind 4 % von Menschen erzeugt.

Für die CO2-Freiheit der BRD bis spätestens 2045, d.h. für dieses äußerst fragwürdige ideologische Ziel, werden hierzulande Exis- tenzen und Eigenheime durch Enteignung zerstört. Es wird eine künstlich erzeugte Migrations- katastrophe betrieben, wobei unsere Systeme hier in Deutsch- land für 80-82 Mio. Bürgerinnen und Bürger ausgelegt sind, nicht aber für derzeit 84 Mio. Bürger.

Und es soll bis 2026 85 Mio. Einwohner auf Wunsch der Regierung geben. Wir haben keine Wohnungsnot, wir haben eine Migrations- katastrophe.

Wermelskirchen

Zunehmende Wohnungskrise

VON FRIEDRICH GROß

Zunehmend unerträgliche Zustände in Mehrfamilien- häusern sind nicht nur ein Problem in Ballungsgebieten und Großstädten, sondern häufen sich mittlerweile auch in Wermelskirchen.

Neben vermehrten Aufeinan- dertreffen unterschiedlicher Kulturen, schwindet auch die Moral und der gegenseitige Respekt in den Hausgemein- schaften.

Hausordnungen werden nicht mehr eingehalten: Lärm und Krach zu Ruhe- oder Nacht- zeiten sowie zunehmende Vermüllung, Hetze und Mob- bing unter den Wohnparteien sind fast alltäglich geworden.

Aggressivität, Unzufriedenheit und zunehmender Egoismus in der Gesellschaft spiegeln sich leider auch immer stärker in der Wohnpolitik wider.

Das sind Zustände, die teilweise als asozial und unzumutbar zu bezeichnen sind.

Durch die zunehmende Wohnungsnot sind übrigens auch viele Mieter gehemmt, bestehende Mängel aus Angst vor etwaiger Kün- digung zu beklagen oder gar die Miete zu mindern.

Davon abgesehen kann sich einen Umzug heutzutage kaum noch jemand leisten.

Im Gegenzug machen sich immer mehr Haus- und Immobilienverwaltungen die zunehmende Wohnungskrise zunutze, weil es ein lukratives Geschäft verspricht:

Falsche Nebenkostenabrech- nungen (meist zugunsten der Eigentümer und Hausver- waltungen), in denen bspw. Leistungen aufgeführt werden, die nicht ausgeführt wurden.

Häuser und Wohnungen die immer mehr Mängel aufwei- sen, die von Hausverwaltungen und Eigentümern ignoriert werden, sind oft das Resultat.

Beispiele gibt es hierzu mittler- weile einige in Wermelskirchen.

Mietervereine beklagen, dass ihre Juristen mit o.g. Fallbei- spielen derzeit so sehr über- lastet sind, dass sie teilweise sogar eine Aufnahme von neuen Mitgliedern gestoppt haben.

Fazit:
Schlechte Politik spiegelt sich überall in unserer Gesellschaft wider - Veränderung gibt es nur mit der AfD!

Leserbriefe

Wenn der Rechtsstaat bricht:

Ein Fall von Willkür und erzwungener Aufgabe

Liebe Leserinnen und Leser,

ich wende mich an Sie, weil meine Familie und ich unter einem Rechtsstaat leiden, der Unschuld ignoriert und uns mit Drohungen in die Knie zwingt. Meine Geschichte ist ein Hilfeschrei – doch ich muss gestehen: Ich bin nicht mehr in der Lage, gegen dieses System zu kämpfen.

Der Albtraum begann mit einer Anklage wegen Volksverhetzung. Im Juni 2023 soll ich auf Twitter/X einen Beitrag veröffentlicht haben – beleidigend, rassistisch, voller Vorurteile. Ich habe diesen Text nicht geschrieben und verurteile ihn entschieden.

Mein Verdacht: Mein Account wurde gehackt oder von jeman- dem missbraucht, der meiner Fa- milie schaden wollte. Solche Per- sonen kenne ich – Menschen, die uns in der Vergangenheit finan- ziell und körperlich bedrohten.

Damals stand ich unter enormen Druck. Um unsere Tochter vor schwerem Mobbing zu schützen, mussten wir Schule und Wohnort wechseln.

Die Vorwürfe wegen des Posts nahm ich daher nicht ernst genug –ein Fehler, der mich nun verfolgt.

Bei der ersten Verhandlung

wurde eine Auflage von 3000 Euro angeboten, um die Klage fallenzulassen.

Doch diese Chance verpuffte, da mein Anwalt in einer zweiten Verhandlung am Amtsgericht gute Chancen auf Einstellung sah. In der zweiten Verhandlung sagte mein Mann dann aus, er habe Hinweise auf einen Fremdzugriff beobachtet.

Statt Gerechtigkeit folgte die Verurteilung: 7200 Euro Strafe zuzüglich Anwalts- und Gerichts- kosten. Mein Anwalt legte Berufung ein, in der Hoffnung auf Klärung.

Doch vor dem Landgericht kam es zum Eklat. Ich konnte nicht teilnehmen – meine Gesundheit ist durch die Belastung zerstört.

Der Richter sprach von einer „politischen Angelegenheit“, die Staatsanwaltschaft hielt die Stra- fe des Amtsgerichts für zu milde, mein Attest zur Verfahrens- unfähigkeit wurde ignoriert.

Dann die unfassbare Drohung: Sollte mein Mann seine Aussage wiederholen, werde ein straf- rechtliches Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet.

Diese Einschüchterung brach uns das Rückgrat.

Wir sahen uns gezwungen, die Berufung zurückzuziehen und

das Urteil des Amtsgerichts – 7200 Euro plus Kosten – zu akzeptieren.

Es war keine Entscheidung, sondern eine Kapitulation.

Wo ist die Gerechtigkeit?

Meine Unschuld wird übergangen, mein Mann mit Verfolgung bedroht, und wir werden zur Aufgabe gezwungen.

Ein Rechtsstaat, der Zeugen mundtot macht und Angeklagte ohne Beweise verurteilt, hat mich besiegt. Ich bin physisch und psychisch am Ende – der Kampf gegen dieses System ist für mich verloren. Wie viele andere erleiden dasselbe Schicksal im Stillen?

Mein Appell: Schauen Sie hin, wo Unrecht triumphiert.

Wer uns in dieser Notlage unterstützen möchte, findet einen Weg über PayPal: helga.k.1974@gmx.de

Doch entscheidender ist: Wir dürfen diese Zustände nicht hinnehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Helga K.
(Name der Redaktion bekannt.)

Wie buchstabiert man Demokratie?

... weiß doch jedes Kind!

Deutschland ist schließlich eine Demokratie !

Aber leider eine Demokratie mit etlichen Schwächen, nämlich:

- der Wähler wird öffentlich belogen
- die Bürger werden ausgeplündert und um ihr Vermögen gebracht
- zukünftige Generationen des Deutschen Volkes werden in unvorstellbare Schulden gestürzt
- die Inflation schreitet rasend voran
- deutsches Steuergeld wird in sehr fragwürdigen Auslandsprojekten versenkt
- politische Lügen haben keine Konsequenzen
- allgemeine Geschichtsvergessenheit
- die größte Oppositionspartei wird vom Inlandsgeheim- dienst, genannt Verfassungs- schutz „beobachtet“
- es gibt keine wirklich unabhängige Justiz, de facto existiert keine Gewaltenteilung
- Deutschlands Ländergrenzen wurden weit geöffnet und dadurch seit über 10 Jahren ein Bevölkerungsaustausch vorgenommen
- im ehemals christlichen Abendland Deutschland, wird die Islamisierung vorange- trieben und vom steuerzah- lenden Bürger finanziert

- Christen- und Judenhasser werden offiziell eingeflogen, teilweise trotz vermutlich gefälschter Unterlagen
- nach Pandemie-, Klima-, wird jetzt Kriegshysterie geschürt
- ein imaginärer Feind (Russland) wird dem Volk eingeredet
- die vom Steuerzahler alimentierte Medienwelt informiert nur noch systemgetreu, nicht kritisch
- Zensur, Kontrolle, Denunziation werden gefordert und gefördert
- die Bargeldabschaffung als Mittel absoluter Kontrolle des Verhaltens der Bürger schreitet voran
- die Agenda / Sekte des „Klimaschutzes“ stranguliert die Industrie, die Wirtschaft, den Mittelstand, jeden einzelnen Bürger
- die Landschaft, die Natur, die Umwelt wird durch äußerst fragwürdige „grüne Energie“ verschandelt und zerstört
- Korruption gedeiht sichtbar und in großem Stil

So also - und dies ist nur eine unvollständige Auswahl von Merkmalen - schreibt man **D e m o k r a t i e**, oh ja, es ist „**Unsere Demokratie**“, jedoch nicht meine persönliche Vorstellung von Demokratie!

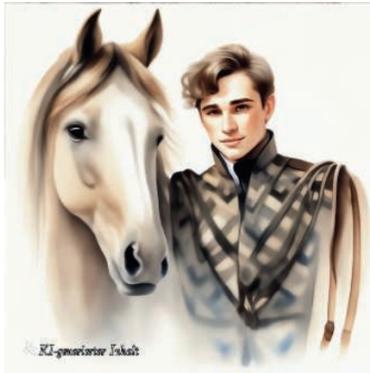
Erika Stockhausen
Wermelskirchen

Anekdoten deutscher Geschichte



Die Ermordung des Engelbert von Berg

VON JOHANN FEHNER



Man munkelt, Engelbert's Geist ist immer noch auf der Flucht und erscheint bei besonderen Anlässen im Bergischen.

Auf der Rückreise von einer Synode durchquerte Engelbert von Berg einen Holweg südlich von Gevelsberg und lief damit in einen Hinterhalt seines Neffen Graf Friedrich von Isenberg. Trotz energischer Gegenwehr konnte er seinen Angreifern nicht

entkommen und endete letztlich mit seinem Tod. Aber war das wirklich das Ende?

Was war der Hintergrund der Tat? Geboren um 1185/86 als Spross des mächtigen Adelsgeschlechts der Grafen von Berg, war Engelbert von Anfang an für eine kirchliche Laufbahn vorgesehen. Schon als junger Mann wurde er Dompropst zu Köln um sich hier mit 30 Jahren bis zum Erzbischof von Köln hochzuarbeiten (1216). Damit hatte er nicht nur ein wichtiges kirchliches Amt, sondern war gleichzeitig einer der mächtigsten Fürsten im Heiligen Römischen Reich und Erzkanzler von Italien.

Als König Friedrich II. 1220 - das Staunen der Welt - in den italienischen Teil des Römischen Reiches aufbrach, um unter anderem mit dem Papst zu verhandeln, ernannte er Engelbert zum Reichsverweser und Vormund seines Sohnes

Heinrich (VII.). Damit war unser Engelbert praktisch der mächtigste Mann nördlich der Alpen.

Engelbert nutzte seine Macht, um Ordnung zu schaffen. Er bekämpfte Raubritter, stärkte das Bürgertum, baute die Kölner Stadtmauer aus und legte den Grundstein für den Kölner Dom. Er war durchaus beliebt beim Volk, aber sein unbeugsamer Wille machte ihm auch viele Feinde unter den Adligen.

Im November 1225 reiste Engelbert von einer Synode in Soest zurück nach Köln. Unterwegs lauerte ihm dann sein Neffe Graf Friedrich von Isenberg in dem Holweg südlich von Gevelsberg auf. Friedrich missbrauchte seine Vogteirechte über die Reichsabtei Essen, um sich persönlich zu bereichern. Die Gespräche mit Engelbert verliefen nicht nach dessen Wunsch, was der Grund für den

Überfall gewesen zu sein scheint. Der genaue Hergang ist durch den Bericht eines Augenzeugen, dem Schreiber von Friedrich, Tobias, überliefert worden. Danach versuchten die Angreifer zunächst, Engelbert aufzuhalten.

Dem 1,80 großen Mann, zur damaligen Zeit ein Hühne, gelang jedoch zunächst der Durchbruch. Mit einem Verfolger am Umhang hängend, konnte er sich zunächst ins Unterholz flüchten. Hier holten ihn die Verfolger jedoch ein, schlugen ihn mit einem Schwert nieder und stachen mindestens 47 mal auf ihn ein, wie eine gerichtsmedizinische Untersuchung an den Gebeinen 1978 zeigte.

Sein Herz verblieb im Altenberger Dom. Sein Körper wurde im Kölner Dom beigesetzt und es kursierten bald Gerüchte über Wunder an seinem Grab. Auch munkelt man, dass Engelberts

Geist sich vom Körper gelöst habe und noch immer auf der Flucht vor seinen Verfolgern sei. Bei besonderen Ereignissen sollen im Bergischen Land unerklärliche Phänomene auftreten, die diesem umherirrenden Geist zugeschrieben werden.

Sein blutiges Ende gilt als eines der spektakulärsten politischen Verbrechen des deutschen Mittelalters.

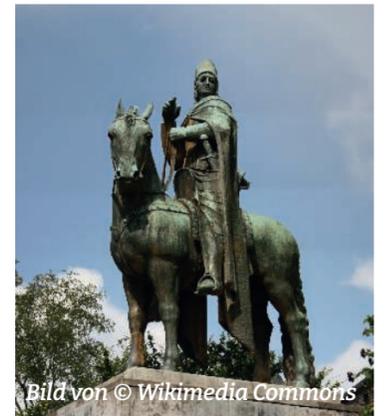


Bild von © Wikimedia Commons

Warum Russland auch historisch gesehen nicht auf die Krim verzichten kann

VON BORIS VOLKOV

Im Jahr 1988 feierte die Russisch-Orthodoxe Kirche ihre tausendjährige Taufe und das Volk der Russen nahm dadurch das Christentum an. Das war ein bedeutender Schritt und dieser Schritt geschah von dem Territorium der Krim aus.

Die Taufe Russlands geschah vermutlich am 6. Januar 988 durch die Taufe Wladimirs, dem Enkel der beliebten Fürstin Olga von Kiew. Olga hatte bereits einige Jahre zuvor (955) das Christentum angenommen (s. Nestorchronik). Doch ihren Sohn Swjatoslaw konnte sie nicht davon überzeugen. Erst ihr Enkel Wladimir christianisierte das

riesige Reich im Osten.

Noch im Sommer des Jahres 860 haben russische Krieger zu Wasser Konstantinopel, das Ost-Rom, also das christlich-orthodoxe Zentrum im Osten, angegriffen und belagert. Der Patriarch Photios kümmerte sich um das Volk, denn Kaiser Michael war mit dem Heer abwesend.

Die Byzantiner waren gerade noch einmal so und unter großen Verlusten davongekommen, was sie nach dem Sturm der Russen dazu veranlasste, mit den Chasaren (Gebiet Nordkaukasus bis zum Wolgadelta) Gespräche zum gegenseitigen Schutz

aufzunehmen. Die Chasaren waren das Einflussgebiet des Christentums, des Islam und der Juden. Die Byzantiner waren ihrerseits sehr daran interessiert, das Christentum zu verbreiten, um die Region zu befrieden und sich selbst vor möglichen Angriffen der Russen zu schützen. Noch im Herbst 860 brach eine Gesandtschaft von Konstantinopel auf und erreichte Cherson (damals die Hauptstadt der griechischen Besitzungen auf der Krim).

Das heutige Sewastopol, der russische Militärstützpunkt im Schwarzen Meer, befindet sich nicht weit weg davon.

In diesem Gefolge waren die Mönche und Brüder Kyrill und Method, die das slawische Alphabet und die kirchenslawische Liturgie- und Literatursprache für die Russen entwickelten. Dieser Schritt war wichtig, um das Christentum in Wort und Schrift überhaupt im Rahmen einer Kirchenorganisation verbreiten zu können. Doch bis zur Taufe Russlands sollten noch 125 Jahre ins Land gehen.

Somit ist die Krim ein absoluter Identitätsfaktor für die russische Nation und ihre Nationsbildung. Die Krim gehörte schon immer zu Russland bis zum Jahr 1954, als

der Chef der UdSSR, Nikita Chruschtschow, anlässlich der 300-Jahrfeier zur Russisch-Ukrainischen Einheit nach dem Sieg der russischen Truppen über die polnischen Aggressoren.

Polen wollte die heutige Ukraine in ihr Territorium einverleiben. Auch die Polen standen damals schon in Moskau und sollten es bitter bereuen. Danach folgten die Franzosen mit Napoleon, gefolgt von Nazi-Deutschland. Alle holten sich „eine blutige Nase“.

Die Russen holten sich die Krim nach einem (umstritten oder nicht) durchgeführten Referendum am 16.03.2014 zurück.

Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben:

E-Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden, direkt einen Beitrag zur Verfügung stellen können oder ob Sie uns bei der Verteilung bzw. in der Administration unterstützen wollen,

würden wir uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion

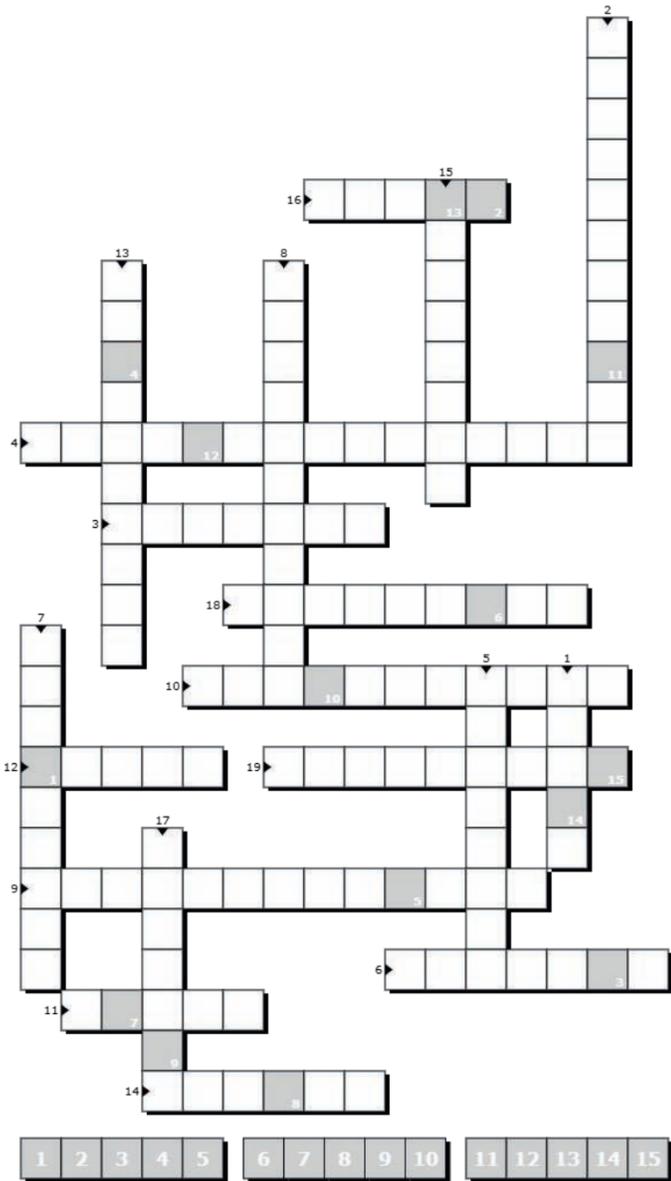


Spenden Sie über unsere
Webseite: www.i-f-ge.de



12 | Unterhaltung

Kreuzworträtsel



1. Steiler Weg
2. Strasse außerhalb einer Stadt
3. Strassenbelag
4. Unbefestigte Strasse
5. Strasse für Schnellverkehr
6. Strasse in eine Richtung
7. Strasse ohne Ausweg
8. Platz zum Umdrehen
9. Strassenoberfläche
10. Alpenstrasse
11. nicht direkter Weg
12. Strasse zum Wenden
13. Strasse durch ein Tor
14. Strasse zum Gehen
15. Zugang
16. Strasse zwischen Bäumen
17. Weg im Wald
18. Strasse um Hindernis
19. Strasse zum Entkommen

Lösung auf Seite 7

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

Sudoku

Das Ziel dieses Logik-Rätsels ist das große 9x9-Gitter mit den Ziffern 1 bis 9 so zu füllen, dass jede Ziffer sowohl in jeder der 9 3x3-Einheiten genau einmal vorkommt – und ebenso in jeder 9-er Zeile und 9-er Spalte (waagrecht und senkrecht) jede Ziffer nur einmal vorkommt.

Viel Spaß dabei.

3						1		7
	2		3	4			9	
8	9			7	6			
								9
	5	3		1	8			
	7	2						8
6	4	9				5	7	3
2	1			5	3	9	8	
5				9	4	6		

4				8		2	9	
			2		5			
8	3				6	5	7	4
	9	4	8	5				
	8				9			3
					4		5	
7	5	1						2
2	6			7		4	8	
		8	6				1	

Erstellt auf <https://www.kompf.de/sudoku>